

Wiederanstieg oder Stagnation der Geburtenraten? Spielräume der Fertilitätsentwicklung und Wandel der Familie

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für
Demographie e.V. (DGD), vom 14. bis 16. März
2012 in Berlin

Impressum

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft
für Demographie e.V.
(DGD) 2013, Bonn

Projektleitung

Dr. Steffen Maretzke

Redaktion

Dr. Martin Kohls, Dr. Steffen Maretzke, Dr. Erika Schulz

Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Zitierhinweis

DGD - Deutsche Gesellschaft für Demographie e.V. (Hrsg.), 2013:
Wiederanstieg oder Stagnation der Geburtenraten?
Spielräume der Fertilitätsentwicklung und Wandel der Familie.
In: DGD-Online-Publikation 01/2013. Bonn.

Die von den Autoren vertretenen Auffassungen sind nicht unbedingt
mit denen des Herausgebers identisch.

ISSN-2194-2625

© DGD März 2013

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
<i>Katharina Mörl</i> Entscheidung gegen Kinder – Ursachen für einen gesellschaftlichen Trend	4
<i>Hermann Adrian</i> Die ökonomischen Ursachen der niedrigen Fertilität in Deutschland (und anderen Ländern)	10
<i>Tanja Kiziak, Lilli Sippel, Franziska Woellert, Reiner Klingholz</i> Demografisches Ungleichgewicht: Subsahara-Afrika steht dem weltweiten Bevölkerungstrend entgegen	20
<i>Susanne Schmid</i> Weltweite Migration und Migrationspotenzial	28

Vorwort

Liebe Freunde der Deutschen Gesellschaft für Demographie,

unsere Jahrestagung 2012 hatten wir unter das Leitthema „Wiederanstieg oder Stagnation der Geburtenrate? Spielräume der Fertilitätsentwicklung und Wandel der Familie“ gestellt. Ausgangspunkt unserer Überlegungen war die Beobachtung, dass die Geburtenraten in Deutschland seit den 1990er Jahren stagnierten, während in vielen anderen Industrieländern nach 2000 ein Wiederanstieg der Periodenfertilität zu verzeichnen war.

Im Zuge der Finanzkrise scheint sich dieser Trend schon wieder gewendet zu haben, zumindest in einigen Ländern zeigt sich wieder eine fallende Tendenz bei den Geburtenraten.

Das muss beobachtet werden. Die Geburtenentwicklung bleibt, gerade in einem Niedrig-Fertilitäts-Land wie Deutschland, auf der Agenda der Öffentlichkeit so dass die Ergebnisse der demografischen Forschung auch deshalb wichtig sind und gefragt bleiben.

Während der DGD-Jahrestagung 2012 war die Expertise unserer Forschungsdisziplin in ihrer gesamten Breite vertreten, von der Familien- über die Migrationsforschung bis hin zur medizinischen Demographie, so dass wir eine Reihe sehr spannender Vorträge und Diskussionen erleben konnten.

Einen Eindruck davon vermitteln die hier versammelten Beiträge zu Fragen der Fertilität und der Migration, die ich Ihnen nachdrücklich zur Lektüre empfehlen möchte.

Zukünftig wollen wir auf dem Wege der Online-Publikation mehr als bisher die

im Rahmen unserer Jahrestagung präsentierten Beiträge einem breiten Leserkreis zugänglich machen.

Angesichts der doch noch etwas unbefriedigenden Beteiligung der Referentinnen und Referenten bleibt uns nur dafür zu werben, dass dieses innovative Format unserer Online-Publikation noch mehr akzeptiert wird. Zum einen weil es sich ja durchaus um eine attraktive Publikation handelt. Zum anderen, weil wir mit dieser Online-Publikation inzwischen immerhin fast 4.000 Leser direkt über unseren DGD-Verteiler erreichen, einmal abgesehen von den vielen LeserInnen, an die diese Publikation unproblematisch weiter geleitet wird. Uns ist es jedenfalls sehr recht, wenn die vielen interessanten Ergebnisse unserer DGD-Jahrestagungen auf diesem Wege unkompliziert ihre interessierten Leser finden.

Ich hoffe, dass sie durch die folgenden Beiträge, die die Redakteure dieses Heftes einwerben konnten, inspiriert werden und wünsche diesem Format in der Zukunft einen noch größeren Erfolg, denn für eine kleine wissenschaftliche Gesellschaft wie der DGD ist dieses Format eine sehr effiziente und preiswerte Publikationsform, die es zu stärken gilt. Hier sind vor allem Referentinnen und Referenten der folgenden DGD-Jahrestagungen oder auch anderer DGD-Veranstaltungen gefordert, ihren Teil zum Gelingen dieses Projektes beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Tilman Mayer
DGD-Präsident

Katharina Mörl

Entscheidung gegen Kinder – Ursachen für einen gesellschaftlichen Trend

Wir werden weniger

Weniger meint die seit Jahrzehnten unter dem Bestandserhaltungsniveau liegende Geburtenrate, die zu einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung führt. „Seit 1972 liegt in Deutschland die Zahl der Gestorbenen höher als die Zahl der Geborenen. Mit Ausnahme einzelner Jahre wurde dieses Geburtendefizit jedoch durch einen positiven Wanderungssaldo übertroffen. Dadurch kam es zu einem Bevölkerungswachstum. Schaut man noch weiter zurück zeigt sich, dass es in Deutschland schon seit über 120 Jahren keine bestandserhaltende Geburtenraten gibt – im wesentlichen eine der markantesten Begleiterscheinungen der industriellen Revolution.

„Der letzte Jahrgang, der sich in der Zahl seiner Kinder ersetzt hat, wurde bereits 1880 geboren. Selbst die geburtenfreudigen Jahrgänge 1932 bis 1939 erreichten nicht das bestandserhaltende Niveau, das damals bei knapp 2,3 Kindern pro Frau lag. Da diese Jahrgänge jedoch überdurchschnittlich stark besetzt waren, bewirkte ihre hohe Geburtenfreudigkeit zwischen 1955 und 1970 einen regelrechten Babyboom. Die nach 1945 geborenen Jahrgänge schwenkten dagegen mit ihrem Geburtenverhalten wieder auf den vorangegangenen abschüssigen Trend ein (Wahl, 2003, S. 4).“

Für die Zukunft zeigen alle Varianten der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung einen rapiden Anstieg des Geburtendefizits (Statistisches Bundesamt, 2006, S. 13). Bereits seit 2003 nimmt die Bevölkerungszahl in Deutschland ab, weil die seit einigen Jahren sinkenden Wanderungssalden das Geburtendefizit nicht mehr ausgleichen können. Aufgrund des weiter steigenden Geburtendefizits wird sich dieser Trend in Deutschland fortsetzen

(ebd., S. 14). Ende 2005 lebten in Deutschland 82,4 Millionen Menschen. Unter der Annahme einer fast konstanten Geburtenhäufigkeit, eines Anstiegs der Lebenserwartung der Männer um 7,6 und der Frauen um 6,5 Jahre und eines Wanderungssaldos von 100 000 Personen wird die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2050 auf knapp 69 Millionen zurückgehen, bei einem Wanderungssaldo von 200 000 wird der Rückgang langsamer erfolgen bis auf 74 Millionen in 2050. Die Bevölkerung wird im Zeitraum von 2005 bis 2050 also zwischen 10% bzw. 17% zurückgehen, wenn sich die aktuelle demographische Entwicklung nicht grundlegend ändert (ebd., S. 15).“

Wie im oberen Abschnitt erwähnt ist die Bevölkerungsschrumpfung in erster Linie ein Resultat der niedrigen Geburtenrate. Wenn man beurteilen will, ob Strategien zur Erhöhung der Geburtenrate mehr oder weniger erfolgversprechend sind, wäre ein Blick auf die Ursachen dieses gesellschaftlichen Trends ratsam. Warum werden wir also weniger? Der Rückgang der Geburtenrate und der darauf folgende Bevölkerungsrückgang mit seinen zahlreichen Konsequenzen lassen sich nicht auf eine Ursache zurückführen. Wie so vieles anderes ist auch dieser Sachverhalt sehr komplex und nicht sofort durchschaubar. Josef Schmid schreibt dazu:

„Es ist nicht gelungen, die rationalistischen, die kulturell-traditionellen und biologischen Anteile am generativen Verhalten sauberlich voneinander zu trennen. Nicht immer lag ein schlichtes Ursache-Wirkungs-Verhältnis vor, wie es der Empirismus so liebt. Man registrierte Wirkungen, ohne sie eindeutig Ursachen zuordnen zu können.“ und „Die Forschung zum generativen Verhalten und zur neuzeitlichen Familienbildung wird sich mit einem Ursachenbündel aus allerlei begründeten Vermutungen zufrieden geben müssen (Schmid J., 1997, S. 221, 223).“

¹ Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.257 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der 18- bis 44jährigen Bevölkerung im gesamten Bundesgebiet (Institut für Demoskopie Allensbach, 2004, S. 2)

Einzelne Ursachen – in der Summe ein komplexes Gefüge

Die folgenden Ausführungen versuchen anhand einer Zusammenstellung unterschiedlicher Puzzleteile an Gründen ein einigermaßen vollständiges Bild zu entwerfen. Es kann durchaus vorkommen, dass Puzzleteile fehlen und einige Bildsequenzen verschwommen erscheinen. Und dennoch kann sich mit einem gewissen Abstand des Betrachters ein sinnvolles Ganzes ergeben.

„In Deutschland spielen Familie und Kinder im Vergleich zu anderen Lebenszielen keine herausragende Rolle. Die Familie konkurriert mit anderen Zielen, wie dem Beruf, den Freunden, der glücklichen Beziehung (Wahl, 2003, S. 10).“ Diese Aussage bekräftigt eine Untersuchung des INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH. In einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung¹ zeigt sich, dass nur 59 Prozent überzeugt sind, dass Lebensglück das Zusammenleben einer Familie voraussetzt, wobei Frauen davon mehr überzeugt sind als Männer. 71 Prozent der Eltern, aber nur 47 Prozent der Kinderlosen halten eine Familie für eine unabdingbare Voraussetzung für Lebensglück (Institut für Demoskopie Allensbach, 2004, S. 7). „Eine Paarbeziehung kann nach Vorstellung der Mehrheit der 18- bis 44jährigen individuellen Glück genauso sichern wie eigene Kinder (Institut für Demoskopie Allensbach, 2004, S. 8).“ Kinder gehören nicht (mehr) selbstverständlich zu aktuellen Lebensentwürfen deutscher Bürger dazu. Sie haben die Wahl – mitunter die Qual der Wahl. Biographien sind nicht mehr so vorgegeben und in gewissem Maße vorherzusehen wie im vorindustriellen Zeitalter, wo Kinder unter anderem wichtig waren für die Arbeit auf dem Feld und die Versorgung im Alter. Spätestens mit der Industrialisierung und der Einführung der staatlichen Rentensysteme änderten sich die Vorzeichen und im Zuge dessen ging auch die Geburtenrate stetig zurück (vgl. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2007, S. 6; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2007c, S. 5). Der wirtschaftliche Fortschritt und der hö-

here Erwerbsanteil von Frauen ermöglichte andere Lebensläufe mit einer Zunahme an Optionen und Alternativen. Die Opportunitätskosten für Kinder stiegen an.² „War damals die Heirat oft die einzig mögliche und akzeptierte Form, einem patriarchalischen Elternhaus oder dem Dienstbotendasein zu entrinnen, können junge Menschen heute zwischen verschiedenen Ausbildungen, Wohnorten und Partnerschaftsformen wählen. Eine Familiengründung schränkt unter diesen Umständen die biographische Entscheidungsfreiheit ein (Kröhnert & Klingholz, 2005, S. 283).“ Familienbildung und die lebenslange Verpflichtung für Kinder konkurriert mit dem Streben nach ‚Freiheit‘. Das ‚Sich zurücknehmen‘, das ‚Dienen‘ und die ‚Selbstverleugnung‘, welche die Verantwortung für Kinder mit sich bringt, weichen dem Streben nach Selbstverwirklichung.

Nun stehen sich zwei Argumentationslinien gegenüber. Auf der einen Seite hat der Mensch als Individuum die Freiheit, sich zu entscheiden. Aber im System des Nationalstaats mit sozialen Sicherungssystemen, die auf einem Generationenvertrag beruhen, dessen Funktionalität eine ausgewogene Altersstruktur der Bevölkerung voraussetzt, haben die individuellen Entscheidungen gegen Kinder öffentliche Konsequenzen, obwohl sie an sich sehr persönlich sind. Dass es im Ermessen des Einzelnen, insbesondere der Frauen liegt, sich für oder gegen Kinder zu entscheiden, wurde auf der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung im September 1994 in Kairo beschlossen.³

In Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern hat der Zugang zu und der Gebrauch von modernen Verhütungsmethoden dazu geführt,

„In Deutschland spielen Familie und Kinder im Vergleich zu anderen Lebenszielen keine herausragende Rolle. Die Familie konkurriert mit anderen Zielen, wie dem Beruf, den Freunden, der glücklichen Beziehung (Wahl, 2003, S. 10).“

Familienbildung und die lebenslange Verpflichtung für Kinder konkurriert mit dem Streben nach ‚Freiheit‘. Das ‚Sich zurücknehmen‘, das ‚Dienen‘ und die ‚Selbstverleugnung‘, welche die Verantwortung für Kinder mit sich bringt, weichen dem Streben nach Selbstverwirklichung.

² HERWIG BIRG (2004, S. 75) spricht in diesem Zusammenhang von ökonomischen und biographischen Opportunitätskosten: Je höher das Pro-Kopf Einkommen in einem Land ist, desto größer ist das entgangene Lebenseinkommen, wenn eine Frau auf ein eigenes Einkommen durch Erwerbsarbeit verzichtet, um Kinder großzuziehen. Dieses nur in der Vorstellung existierende entgangene Einkommen bezeichnet man als ökonomische Opportunitätskosten. Unter biographischen Opportunitätskosten sind nur die in der Vorstellung der Individuen existierenden, theoretisch möglichen Lebenswege und Lebensinhalte zu verstehen. Diese Möglichkeiten sind nicht mehr vorhanden, wenn Lebenslaufalternativen durch langfristige Festlegungen in Form von Partnerbindungen entfallen.

Gründe, die aus Sicht der Frauen für eine zeitliche Verschiebung einer Geburt stehen:

- „Ein Kind würde mein Leben in einer Art und Weise verändern, die ich nicht möchte.“,
- „Ich denke, ich sollte erst an meiner Karriere arbeiten, bevor ich ein Kind bekomme.“,
- „Ein Kind würde meine Ausbildung beeinflussen“,
- „Ich bin noch nicht bereit für diese Verantwortung“ (vgl. Bankole, Singh, & Haas, 1998, S. 120ff.)

ungewollte Schwangerschaften zu verhindern und somit selber über die Anzahl der Kinder zu entscheiden. Der sogenannte „Pillenknick“ in der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands verdeutlicht dies. Auch die Einführung einer Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch (Abbruch innerhalb der ersten drei Monate erlaubt und somit straffrei) 1972 in der DDR und der Indikationsregelung (medizinische, eugenische, soziale oder ethische Indikation) 1976 in der Bundesrepublik hatte seine Auswirkungen.⁴ Eine U.S. Studie zeigt, dass die Gründe, aus denen sich Frauen zu einem bestimmten Zeitpunkt oder überhaupt dazu entschließen, keine Kinder zu bekommen bemerkenswerterweise sehr den Gründen ähneln, warum sich Frauen zu einer Abtreibung entschließen. BANKOLE, SINGH und HAAS haben sich dieser Thematik angenommen und in einer Studie mit den Gründen für einen Schwangerschaftsabbruch beschäftigt und warum eine Schwangerschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt ungewollt war (Bankole, Singh, & Haas, 1998). Zwei wesentliche Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch waren: erstens – der Zeitpunkt war ungünstig und sollte nach hinten verschoben werden; zweitens – die gewünschte Anzahl an Kindern war erreicht.

“The desire to postpone a birth or to stop childbearing is a very common reason given by women seeking abortion. In almost half of the 23 studies (in 20 countries) with this information, about 50% or more of women gave the birth-timing and family-size control cluster of reasons as their most important reason (Bankole, Singh, & Haas, 1998, S. 119).“

Hinter diesen Gründen verbergen sich noch differenziertere Angaben wie ge-

sundheitliche Gründe, die Ausbildung müsste unterbrochen werden, Armut, Arbeitslosigkeit und das Unvermögen noch für weitere Kinder zu sorgen. Auch Beziehungsprobleme können eine Ursache sein: man möchte nicht alleinerziehend sein; der Partner droht, die Frau zu verlassen; die Schwangerschaft ist das Ergebnis einer außer-ehelichen Beziehung oder der Partner möchte einfach keine Kinder (Bankole, Singh, & Haas, 1998, S. 120ff). Die Gründe, eine Geburt zeitlich noch zu verschieben, zeigen sich vor allem in Antworten wie: „Ein Kind würde mein Leben in einer Art und Weise verändern, die ich nicht möchte.“, „Ich denke, ich sollte erst an meiner Karriere arbeiten, bevor ich ein Kind bekomme.“, „Ein Kind würde meine Ausbildung beeinflussen“, und „Ich bin noch nicht bereit für diese Verantwortung“ (vgl. Bankole, Singh, & Haas, 1998, S. 123). Während sich junge Frauen vor allem gegen Kinder entscheiden, weil sie die erste Geburt lieber zeitlich nach hinten verschieben möchten, überwiegt bei älteren Frauen der Wunsch, keine weiteren Kinder mehr zu wollen. Auch bei verheirateten und unverheirateten differenzieren sich die Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch. Während erstere auch oft keine weiteren Kinder mehr möchten, entscheiden sich letztere häufiger aus sozioökonomischen Gründen gegen Kinder. Unverheiratete Frauen sagen auch eher, dass die Abtreibung hauptsächlich durch Beziehungsprobleme motiviert war (vgl. Bankole, Singh, & Haas, 1998, S. 124ff).

So ähnlich zeigt sich das auch in einer Untersuchung von BAJOS, GUILLAUME und KONTULA. Sie führen aus, dass in der Bevölkerungsgruppe der Singles, die eher gelegentliche sexuelle Beziehungen pflegen, ungewollte Schwangerschaften relativ häufiger auftreten als in stabilen Partnerschaften – egal ob verheiratet oder in ehe-ähnlichen Gemeinschaften lebend (Bajos, Guillaume & Kontula, 2003, S. 89). Auch BROEN und BÖDTKER beschäftigten sich in einer Zweijahresstudie mit den Gründen für Schwangerschaftsabbrüche. Auch sie kamen zu ähnlichen Ergebnissen wie BANKOLE, SINGH und HAAS. Es sei eine komplexe Mischung aus Gefühlen, morali-

³ “The Cairo International Conference on Population and Development in 1994 and the Beijing Women’s Conference in 1995 dealt extensively with various aspects of reproductive health and reproductive rights and emphasized that individuals must be able to lead risk-free sex lives and decide on the number and timing of their children. Considerable attention was devoted to the question of abortion and especially how to reduce unsafe abortions, which are common where abortion is illegal. (Bajos & Guillaume, 2003, S. 31).”

⁴ „...the drop in fertility over the past few decades stems from the use of modern contraceptives methods in northern and western European countries, whereas in central and eastern European countries it is due mainly to the use of abortion, which, moreover, preceded the spread of modern contraceptives in these countries.“ (Bajos & Guillaume, 2003, S. 10)

schen Belangen, sozioökonomischen, psychosozialen Faktoren und logischen Argumenten, die zu einem Schwangerschaftsabbruch führen. Zwei in der Arbeit von BROEN und BÖDTKER zitierte Studien aus Australien und Schweden stellen folgende Gründe vor: finanzielle Nöte, Angst vor Veränderung des Lebensstils, alleinerziehend und zu jung zu sein, Beziehungsprobleme und schlechtes Timing (Broen & Bödtker, 2005, S. 36). BROEN und BÖDTKER haben selber 72 Frauen befragt, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen und kamen auf 26 Gründe, die zu dieser Entscheidung geführt haben. Gründe bezüglich der Ausbildung, der Arbeit und Finanzen waren oft benannt. Auch die Gründe wie „ein Kind sollte erwünscht sein“, „der männliche Partner will im Moment keine Kinder“, und „ich habe schon genug Kinder“ waren bedeutend (Broen & Bödtker, 2005, S. 39ff).

Und schließlich widmet sich auch das GUTTMACHER INSTITUT in den USA der Frage der ungewollten Schwangerschaften. Nach den neuesten Untersuchungen ist fast die Hälfte aller Schwangerschaften amerikanischer Frauen ungewollt und vier von zehn dieser enden mit einer Abtreibung. In einer Untersuchung aus dem Jahr 2003 wurden folgende Gründe für Schwangerschaftsabbrüche herausgefunden: 22% - unzureichende Finanzsituation, 22% - nicht bereit für die Verantwortung, 17% - Leben würde sich zu sehr ändern, 13% - Beziehungsprobleme / unverheiratet, 11% zu jung und zu unreif für ein Kind, 8% haben schon genug Kinder, 3% - Abnormitäten beim Fötus, 3% - gesundheitliche Gründe und 1% - Vergewaltigung / Inzest (Alan Guttmacher Institute and Physicians for Reproductive Choice, 2003). Die Ergebnisse der Untersuchung des INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH bestätigen die Übereinstimmung der Gründe gegen Kinder allgemein und für Schwangerschaftsabbrüche im Besonderen. Denn 86 Prozent der 18- bis 23jährigen fühlen sich zu jung für Kinder, 47 Prozent der Kinderlosen befürchteten eine finanzielle Belastung und 37 Prozent gaben zu, dass die eigenen beruflichen Pläne sich nur schwer mit einem

Kind vertragen würden (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, 2004, S. 26).

Zusammenfassend aus allen Erhebungen lassen sich doch einige wenige Gründe filtern, die meistens in einer Entscheidung gegen Kinder resultieren (unabhängig von den Maßnahmen: Verhütung oder Schwangerschaftsabbruch). Das wären in erster Linie eine unzureichende finanzielle Situation und ein ungünstiger Zeitpunkt. Diesen Gründen folgen die Schwierigkeiten in der Beziehung, vielleicht auch eine fehlende Beziehung, die Angst vor den Auswirkungen auf den derzeitigen Lebensstil als auch die Scheu vor der großen Verantwortung. Dies alles zusammen beeinflusst sicherlich auch die Entscheidung gegen weitere Kinder.

Es gibt aber auch eine Gruppe von Menschen, die sich sehnlichst Kinder wünschen, aber kinderlos bleiben. Auf der einen Seite sind das Menschen, die aus medizinischen Gründen keine Kinder bekommen. Ursache dafür können körperliche Störungen oder Fehlfunktionen sein, in Verdacht stehen aber auch Faktoren wie seelische Belastungen durch Stress oder sozialen Druck (vgl. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2007, S. 13). Auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe, bei denen der Kinderwunsch besteht, die diese Entscheidung aber zeitlich immer weiter nach hinten verlagern, wobei sich die Wahrscheinlichkeit für eine dauerhafte Kinderlosigkeit erhöht (vgl. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2007, S. 14). Nach HERWIG BIRG ist der hohe Anteil von rund einem Drittel zeitlebens kinderlos bleibender Frauen bei den Jahrgängen ab 1965 der Hauptgrund für die durchschnittliche niedrige Geburtenzahl pro Frau in Deutschland. In Frankreich ist dieser Anteil mit rund 15 Prozent nur halb so hoch (Birg, 2003, S. 3).

Die zeitliche Verschiebung des Kinderwunsches scheint in Deutschland unter anderen in den Ausbildungszeiten begründet zu sein. Eine Untersuchung des Zusammenhangs von Kinderlosigkeit und beruflicher Bildung hat ergeben, dass je geringer die berufliche Bildung ist, desto mehr Kinder – und umgekehrt: je höher die Ausbildung,

desto höher die Kinderlosigkeit. Zum Beispiel haben unter den 35- bis 39-jährigen Frauen mit Hochschulbildung 42 Prozent keine Kinder. „Umfragen zufolge wollen viele Hochschulabsolventinnen erst Kinder, wenn sie sich eine sichere Position erarbeitet und ausreichend Berufserfahrungen gesammelt haben. Das biologische Zeitfenster wird dadurch immer kleiner. Darüber hinaus spielt auch die Gewöhnung an den Zustand der Kinderlosigkeit eine Rolle. Insbesondere Karrierefrauen bleiben überdurchschnittlich oft kinderlos. Selten entspricht das ihrem Wunsch, sondern eher der Notwendigkeit, beruflich voranzukommen... Zwei Drittel der kinderlosen Frauen glauben, dass ihre Karriere unter einem Kind leiden würde. Ein Drittel würde deshalb im Zweifel auf Nachwuchs verzichten (Wahl, 2003, S. 6).“

Die Gründe für unerfüllte Kinderwünsche sind natürlich noch vielfältiger – der richtige Partner als auch berufliche und finanzielle Gründe spielen eine wesentliche Rolle (vgl. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2007, S. 16). „Viele Paare wünschen sich mehr Kinder als sie dann tatsächlich bekommen. Eine sichere berufliche Situation und eine stabile Partnerschaft sieht die Mehrheit als Voraussetzung für die Gründung einer Familie – beides sind Rahmenbedingungen, die heute nicht mehr zwangsläufig gegeben sind (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2007c, S. 3).“

Gerade des Fehlen des ‚richtigen‘ Partners scheint in vielen Fällen ein nicht zu unterschätzender Grund zu sein. ECKHARD geht in einer Studie von der These aus, dass die Geburt eines Kindes in der Regel eine stabile Partnerschaft der Eltern voraussetzt. Untersuchungen des INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH untermauern diese These. Sie haben herausgefunden, dass 84 Prozent der 18- bis 44jährigen eine stabile Beziehung als eine der Voraussetzungen nennen,

die unbedingt erfüllt sein sollte, ehe die Entscheidung für ein Kind getroffen wird (Institut für Demoskopie Allensbach, 2004, S. 76). Durch die Zunahme der Scheidungsraten, sinkende Eheschließungsraten, die Verbreitung alleinlebender Personen im mittleren und jüngeren Erwachsenenalter wäre aber die Voraussetzung einer stabilen Partnerschaft immer weniger gegeben (Eckhard, 2006, S. 106). Durch seine in erster Linie deskriptive Arbeit zeigt ECKHARD einen Wandel der Partnerschaftsbiographien auf. Er stellt fest, dass in dem für Geburten relevanten Altersbereich ab dem 23. Lebensjahr immer weniger Personen über eine Partnerschaft verfügen. Es bestünde seiner Meinung nach also durchaus die Möglichkeit, dass das Absinken der Geburtenzahlen in den letzten Jahrzehnten auch darin eine Ursache hat (Eckhard, 2006, S. 112). Interessanterweise hat auch eine Trennungserfahrung für sich genommen einen reduzierenden Einfluss auf die Geburtenziffer. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass das Geburtenverhalten auch von der Dauer der Partnerschaft abhängig ist, und dass die zunehmende Verkürzung der Partnerschaftsdauern zu den niedrigeren Kinderzahlen beigetragen haben kann (Eckhard, 2006, S. 118).⁵ Dabei zeichnet sich ein Trend ab, der von dauerhaften und kontinuierlichen Partnerschaften zu einer Abfolge von mehreren kürzeren Partnerschaften hinführt. Auch die dauerhafte Partnerschaftslosigkeit nimmt zu (vgl. Eckhard, 2006, S. 119). KRÖHNERT und KLINGHOLZ sind auch der Meinung, dass die Haltbarkeit von Bindungen abgenommen hat und die emotionalen Ansprüche an Partnerschaften gestiegen sind. Aus diesen Gründen hätten junge Menschen gegenüber einer „endgültigen“ Bindung wie beispielsweise einer Ehe immer größere Vorbehalte (vgl. Kröhnert & Klingholz, 2005).

Ein Erklärungsansatz – die biographische Theorie der Fertilität von Herwig Birg

Um die Suche nach den Gründen, die zu weniger Kindern in Deutschland führen, abzuschließen, soll noch eine Theorie vorgestellt werden, die versucht die eben ausführlich genannten

⁵ ECKHARD ist sich durchaus bewusst, dass es noch weiterer Untersuchungen bedarf, die den hier unterstellten Zusammenhang zwischen Geburtenentwicklung und veränderten Partnerschaftsbiographien überprüfen und weiter herausarbeiten. Er will mit seiner Arbeit dazu beitragen, dass gerade dieser Aspekt hinreichende Beachtung erfährt (vgl. Eckhard, 2006, S. 120).

ökonomischen, soziologischen und entwicklungspsychologischen Aspekte des generativen Verhaltens zu vereinigen. BIRG versucht dabei eben den Puzzleteilen an Gründen einen passenden Rahmen zu geben. In seiner Biographischen Theorie der Fertilität bildet die Analyse der biographischen Entwicklungsbedingungen die Grundlage für die Erklärung der niedrigen Geburtenrate im zweiten demographischen Übergang. Kernthese der Theorie ist, „dass das Risiko irreversibler langfristiger Festlegungen im Lebenslauf unter den Bedingungen eines permanenten Wandels der ökonomischen, sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebensbedingungen zugenommen hat und weiter zunehmen muss. In einer instabilen, von einer permanenten Veränderungsdynamik geprägten Welt ist es rational, irreversible langfristige Festlegungen im Lebenslauf zu vermeiden, um die biographische Entscheidungsfreiheit nicht zu verlieren. Deshalb wurden und werden die familialen langfristigen Festlegungen im Lebenslauf wie die Bindung an einen Partner und die Geburt eines Kindes in eine spätere Lebenslaufphase aufgeschoben oder ganz vermieden (Birg, 2004, S. 56).“

Um mobil, flexibel und anpassungsfähig für den Arbeitsmarkt zu bleiben, wird es vermieden, sich langfristig festzulegen. Gerade Mobilität und Flexibilität werden von der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt gefordert – es gibt kaum eine Stellenausschreibung, die diese Fähigkeiten nicht verlangt. Die Konsequenz dieser Entwicklung ist nach BIRG die permanente Zunahme des Anteils der Frauen an einem Jahrgang, die zeitlebens kinderlos bleibt. Denn durch diese gesellschaftlichen und insbesondere ökonomischen Rahmenbedingungen wird die „biographische Entscheidungsfreiheit durch das erste Kind so gravierend eingeschränkt, dass man sagen könnte, dass die Eltern fortan in einer anderen Welt leben. Diese Welt ändert sich durch ein zusätzliches zweites Kind bei weitem nicht so dramatisch wie dies beim Übergang von einem Leben ohne Kinder zum Leben in Elternschaft geschieht (Birg, 2004, S. 67).“

Literatur

- Alan Guttmacher (2003) Institute and Physicians for Reproductive Choice
- Bajos, Nathalie; Guillaume, Agnès; Kontula, Osmo (2003) Reproductive health behaviour of young Europeans, Volume 1; Population studies, No. 42.
- Bankole, Akinrinola; Singh, Susheela; Haas, Taylor (1998) Reasons Why Women Have Induced Abortions: Evidence from 27 Countries, in International Family Planning Perspectives, 1998, 24 (3): 117-127&152.
- Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2007) Ungewollt kinderlos. Was kann die moderne Medizin gegen den Kindermangel in Deutschland tun. Berlin 2007.
- Birg, H. (2003). Bevölkerungsentwicklung: Soziale Auswirkungen. Abgerufen am 29. November 2006 von <http://www.bpb.de>.
- Birg, H. (2004). Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren (2., aktualisierte Auflage). München.
- Broen und Bödtker (2005) Reasons for induced abortions and their relation to women's distress: a prospective, two year follow up-study, in: General Hospital Psychiatry, Volume 27, Issue 1, p. 36-43.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2007). Monitor Familienforschung. Ausgabe Nr. 10. Kinderreichtum in Deutschland.
- Eckhard, Jan. (2006). Kinderlosigkeit durch Partnerschaftslosigkeit. Der Wandel der Partnerschaftsbiographien und Zusammenhänge mit der Geburtenentwicklung. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 31(1), S. 105 - 125.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2004): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18-44 Jährigen Bevölkerung.
- Kröhnert, Steffen/ Klingholz, Reiner (2005): Emanzipation oder Kindergeld? Der europäische Vergleich lehrt, was man für höhere Geburtenraten tun kann. In: Sozialer Fortschritt (54), 12: 280-290.
- Schmid, J. (1997). Auf Sand gebaut? Die Schicksalsgemeinschaft von Generationen und Generationenvertrag. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft (2/3), S. 217-238.
- Statistisches Bundesamt. (2006). Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Abgerufen am 18. Januar 2007 von <http://www.destatis.de>.
- Wahl, S. (2003). Geburtenverhalten in Deutschland und anderen ausgewählten Ländern. IWG Bonn.

Kontakt:

Dr. Katharina Mörl
Dresden
katharina.moerl@googlemail.com

Hermann Adrian

Die ökonomischen Ursachen der niedrigen Fertilität in Deutschland (und anderen Ländern)

Zusammenfassung

Eine erstmals durchgeführte ganzheitliche Analyse der externen ökonomischen Effekte der Kindererziehung in Deutschland offenbart, dass große verdeckte Geldströme von den Familien mit 2 und mehr Kindern zu lebenslang Kinderlosen und 1-Kind-Familien fließen. Ursache dieser Geldströme sind ungerechte Steuer- und Sozialgesetze, durch die der Staat Kinderlosen unverdient hohe Renten sowie die unverdiente Übernahme von Kranken- und Pflegekosten schenkt und gleichzeitig Familien mit 2 und mehr Kindern durch Absenkung der den Eltern im Alter gerechterweise zustehenden Leistungen sowie durch ungerechte Zusatzbelastungen ihrer erwachsenen Kinder ausbeutet, wobei diese Ausbeutung dramatisch mit der Zahl der in den Familien aufgezogenen Kinder anwächst. Durch seine ökonomisch unsinnig konstruierten Steuer- und Sozialgesetze fördert der Staat die Kinderlosigkeit eines Paares relativ zu einer Familie mit 2 Kindern im Laufe des Lebens mit 600.000 Euro – trotz aller scheinbaren Familienförderung durch Kindergeld, Elterngeld, etc. Dies stellt einen riesigen „moral hazard“ dar, der junge Menschen zu einem kinderlosen Leben verführt und ist deshalb für die anhaltend niedrige Fertilität in Deutschland verantwortlich. In anderen Ländern mit ähnlichen Sozialgesetzen sind entsprechende Folgen zu erwarten.

Einleitung und Motivation

Deutschland hat seit fast 40 Jahren eine zusammengefasste Geburtenziffer nahe 1,4 Kinder je Frau. Die jüngsten Erhöhungen des Kindergeldes von 154 Euro auf 184 Euro pro Monat, die Einführung eines insgesamt 14 Monate umfassenden Elterngeldes als Lohnersatzleistung sowie der Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder haben überraschenderweise keine deutliche Erhöhung der Geburtenziffer bewirkt.

Gegenstand dieses Beitrags ist deshalb eine umfassende Betrachtung der sogenannten externen ökonomischen Effekte der Erziehung von Kindern, die es erlaubt, belastbare Aussagen über

die ökonomische Behandlung von Familien durch den Staat zu erhalten.

Wenn zwei Menschen ein Kind aufziehen, ergeben sich daraus im Durchschnitt positive, geldwerte externe Effekte für die anderen Einwohner des Landes.

Unter externen Effekten oder Externalitäten versteht man in der Ökonomie Mechanismen, die einer Gruppe von Menschen einen ungerechtfertigten geldwerten Vorteil verschaffen, wobei gleichzeitig eine andere Gruppe von Menschen zwangsläufig in ungerechtfertigter Weise Verluste erleidet, also ausgebeutet wird. Externalitäten entstehen bei einem Versagen des Marktes oder durch ungerechte Gesetze.¹ In dieser Arbeit werden erstmals die totalen volkswirtschaftlichen Netto-Externalitäten der Kindererziehung berechnet. Möglich wurde dies durch die Anwendung einer im Fach Physik zur Behandlung von „wechselwirkenden Vielteilchensystemen“ entwickelten Methode auf dieses volkswirtschaftliche Problem. Das Ergebnis erlaubt es, die durchschnittlichen abgegebenen und aufgenommenen Externalitäten in Abhängigkeit von der Kinderzahl für jede Familie zu berechnen.

Es gibt zudem ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes² vom 3. April 2001 zur sozialen Pflegeversicherung, in dem der Bundesregierung auferlegt worden war, die Familien relativ zu den Kinderlosen in der Beitragszahlung zu entlasten. Das Gericht stellte fest, dass in einem umlagefinanzierten Sozialsystem, in dem die Jungen für die Alten zahlen, das Aufziehen von Kindern existenzielle Bedeutung hat. Die Familien unterstützen das System deshalb auf zwei Weisen, durch Beiträge und durch das Aufziehen von Kindern, während Kinderlose nur Beiträge zahlen. Das Gericht ordnete auch an, dass die Bundesregierung zu prüfen habe, ob die staatlichen Hilfen für Familien ausreichen, um die positiven Effekte auszugleichen, welche die Familien für das ganze Land durch das Aufziehen ihrer Kinder in den gesetzlichen Ren-

¹ Beispiel für ein Marktversagen: Im Falle eines Monopols erzielen die Monopolisten ungerechtfertigt hohe Einnahmen, während die Kunden zu hohe Preise bezahlen, also ausgebeutet werden. Fiktives Beispiel für ein ungerechtes Gesetz, das zu Externalitäten führt: Angenommen es gäbe ein Gesetz nach dem jeder, der privat für den Eigengebrauch Kaminholz produziert, die Hälfte seines produzierten Holzes an seine Nachbarn verschenken muss, die andere Hälfte darf er behalten. Ein solches Gesetz würde für die Nachbarn positive Externalitäten (ungerechtfertigte Gewinne) erzeugen, für den Produzenten des Holzes entstehen im gleichen Gesamtumfang negative Externalitäten (ungerechtfertigte Verluste).

² Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Gesetzlichen Pflegeversicherung vom 3. April 2001

ten- und Krankenversicherungen zur Verfügung stellen.

Die Studie, welche die Bundesregierung zur Analyse dieser Frage in Auftrag gab³, kam ohne quantitative Aussagen zu dem Schluss, dass es tatsächlich noch nötig sei, die kompensatorische staatliche Unterstützung für Familien zu verstärken. Die Autoren schlagen jedoch vor, diese Unterstützung nicht in die Sozialsysteme einzubauen, wie das Gericht nahegelegt hatte, sondern im Steuerrecht, da das Aufziehen von Kindern für die gesamte Gesellschaft bedeutsam sei.

Ein wichtiger Beitrag zur Bewertung der fiskalischen Externalitäten der Kindererziehung im deutschen Steuer- und Sozialsystem wurde von M. Werding und H. Hofmann⁴ geleistet. Ihr Hauptergebnis ist, dass die fiskalische Bilanz eines durchschnittlichen Kindes fast 80.000 Euro beträgt, wovon die Gesellschaft als Ganzes profitiert. Das bedeutet, wenn die Hälfte der Bevölkerung 2 Kinder aufzieht und die andere Hälfte kinderlos bleibt, einer Struktur der sich Deutschland annähert, so erhält jeder lebenslang kinderlose Mensch ein 40.000 Euro Geschenk vom Staat, zu dessen Bezahlung dieser die Familien zwingt.

Obwohl die fiskalischen Externalitäten bereits beeindruckend sind, sind sie im Vergleich zu den totalen volkswirtschaftlichen Externalitäten der Kindererziehung, die zusätzlich zu den fiskalischen Effekten auch die Externalitäten in der Realwirtschaft berücksichtigen, von geringer Bedeutung. Die totalen volkswirtschaftlichen Externalitäten der Kindererziehung stellen einen realen unkompensierten ökonomischen Wert dar, den die Familien für andere erzeugen und der von der Gesellschaft als Ganzes absorbiert wird.

Ganzheitliche Berechnung der ökonomischen Effekte der Kindererziehung

Die totalen Netto-Externalitäten jedes Menschen in Bezug auf die Erziehung von Kindern – absorbierte Externalitäten anderer (positiv) plus für andere erzeugte Externalitäten (negativ) – bestimmen, ob dieser Mensch netto von anderen Mitgliedern der Gesell-

schaft in ungerechtfertigter Weise profitiert, falls die Netto-Externalitäten positiv sind, oder netto durch andere Mitglieder der Gesellschaft ohne Kompensation ausgebeutet wird, falls die Netto-Externalitäten negativ sind. In einer gerechten Gesellschaft müssen die Gesetze so beschaffen sein, dass die Netto-Externalitäten verschwinden.

Woraus bestehen diese volkswirtschaftlichen Externalitäten der Kindererziehung in der Realwirtschaft? Nachfolgend werden einige Beispiele aufgeführt. So können lebenslang Kinderlose, nur weil andere Mitglieder ihrer Generation Kinder aufgezogen haben,

- ein Erwerbseinkommen erzielen. Ohne die nachwachsenden Kinder würde bald niemand mehr im Inland investieren, die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft würde schwinden, die Löhne würden sinken und die Arbeitslosigkeit rapide ansteigen.
- auf ein Minimum sozialer Sicherheit vertrauen. Ohne die nachwachsenden Kinder gäbe es in wenigen Jahrzehnten niemanden mehr, der behinderten oder kranken alten Menschen in ernsthafter Not helfen könnte.
- eine durch Steuern finanzierte öffentliche Infrastruktur und steuersubventionierte Kulturangebote nutzen. Ohne die nachwachsenden Kinder würden die Steuereinnahmen bald versiegen und die Infrastruktur würde zerfallen.
- in innerer und äußerer Sicherheit leben. Ohne die nachwachsenden Kinder gäbe es bald keine jungen Männer und Frauen mehr, welche die Gesellschaft als Polizisten und Soldaten gegen innere und äußere Feinde schützen können.
- Eigentum, z.B. Immobilien, ver-

Alte Menschen können alle Einrichtungen des Staates wie Straßen und Parks, Hallenbäder und Kultureinrichtungen, Rettung durch Feuerwehr und Rettungsdienste und Schutz durch Polizei und Militär nur in Anspruch nehmen, weil die nachgewachsenen Kinder der Familien alle Leistungen des Staates für alle Alten – Eltern wie Kinderlose – mit ihren Steuern finanzieren.

In der Bilanz muss jeder Mensch alle Kosten seines Lebens, von der Geburt bis zum Tod, letztlich selbst bezahlen. Das heißt auch: 45 Jahre Einkommen muss für 80 Jahre Leben reichen.

Durch die Sozialbeiträge finanzieren wir die Alterskosten unserer Eltern und zahlen damit unsere Schulden aus unserer Kindheit an sie zurück – alle haben Eltern, Kinderhabende und Kinderlose. Durch die Rückzahlung von Schulden an die eigenen Eltern können keine Ansprüche an die nächste Generation gerechtfertigt werden. Solche Ansprüche kann man nur erwerben, wenn man selbst Kinder aufgezogen und ihre Kosten getragen hat, die 30 Jahre später ihre Schulden an ihre Eltern zurückzahlen.

Wenn der Staat eine Bevölkerungsgruppe beschenkt, beutet er zwangsläufig die komplementäre Bevölkerungsgruppe aus.

³ W. Schmähl, H. Rothgang and H. Viebrock, Berücksichtigung von Familienleistungen in der Alterssicherung, DRV Schriften, Band 65, April 2006

⁴ M. Werding und H. Hofmann: Die fiskalische Bilanz eines Kindes im deutschen Steuer- und Sozialsystem, ISBN 3-88512-447-5, ifo-Institut, München (November 2005)

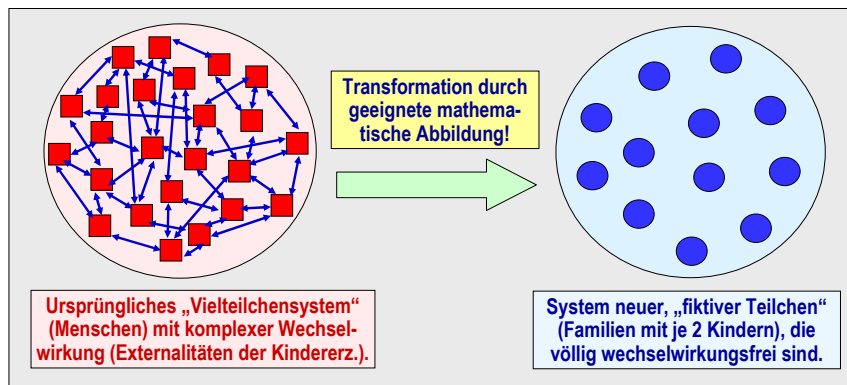


Abbildung 1: Schematische Darstellung der im Fach Physik eingeführten und äußerst erfolgreichen Landau-Theorie zur allgemeinen Behandlung „wechselwirkender Vielteilchensysteme“. Das ursprüngliche Problem einer großen Zahl Menschen, die ökonomisch miteinander über die volkswirtschaftlichen Externalitäten der Kindererziehung wechselwirken wird zunächst transformiert in einen Referenzzustand (in der Physik „Grundzustand“ genannt) von Familien mit zwei Kindern, die hinsichtlich der Externalitäten der Kindererziehung völlig frei von Wechselwirkungen sind. Für weitere Details sei auf den Text verwiesen.

kaufen. Ohne die nachwachsenden Kinder würde die Nachfrage nach Immobilien zusammenbrechen und keine Erlöse mehr erzielt werden können, wie in abgelegenen Landstrichen heute bereits zu beobachten ist.

- Erträge für investiertes Kapital erhalten. Ohne die nachwachsenden Kinder würde im Inland investiertes Kapital nicht an Wert gewinnen, sondern an Wert verlieren. Der Realzins ist letztlich eine Folge zunehmender Leistungsfähigkeit.

Man könnte sicher noch viele weitere Beispiele dafür finden, wie Kinderlose von der Erziehungsleistung der Familien durch realwirtschaftliche Externalitäten profitieren. Offensichtlich ist dies ein sehr komplexes Problem. Es gibt große Übereinstimmung unter den Ökonomen, dass die realwirtschaftlichen Externalitäten wesentlich bedeutender sind als die rein fiskalischen. Aber es gab auch Übereinstimmung darüber, dass dieses Problem viel zu komplex ist, um mit einiger Zuversicht in die Richtigkeit des Resultats berechnet werden zu können.

Tatsächlich scheint es keinen Weg zu geben, die sehr vielen verschiedenen Einzelaspekte separat zu berechnen und durch Aufsummieren der Einzelre-

sultate ein verlässliches Endergebnis zu erhalten.

Es gibt jedoch einen eleganten Weg das Endergebnis direkt zu berechnen ohne die vielen Einzelaspekte überhaupt betrachten zu müssen. Diese Methode, die im Folgenden beschrieben und angewandt wird, wurde zur Lösung von „Vielteilchen-Problemen“ in der Physik entwickelt.

Wenn man ein System mit sehr vielen Objekten studieren will, zwischen denen starke und komplexe Wechselwirkungen existieren, gibt es in der Regel keine Möglichkeit alle Aspekte im Einzelnen zu berechnen. Der russische Physiker L. D. Landau⁵ zeigte jedoch, dass dies überhaupt nicht nötig ist. Ein solches Problem kann vollständig gelöst, analysiert und verstanden werden, indem man das ursprüngliche System mit seinen ursprünglichen Objekten durch eine geeignete mathematische Transformation in ein neues System transformiert, in dem dann neue Objekte (in der Physik „Quasiteilchen“ genannt) existieren, die vollständig frei von Wechselwirkungen untereinander sind.

Diese Vorgehensweise ist schematisch in Abb. 1 dargestellt. Der sogenannte „Grundzustand“ des ursprünglichen Problems ist dann identisch mit den wechselwirkungsfreien neuen Objekten des transformierten Systems.

Ohne „Landaus Theorie zur Analyse von wechselwirkenden Vielteilchen-Systemen“ wäre der enorme Fortschritt in vielen Teilgebieten der Physik in den letzten vier Jahrzehnten nicht möglich gewesen. Landaus Theorie ist so leistungsfähig und allgemeingültig, dass sie auch in der Lage ist das hier vorliegende Problem zu lösen – „Menschen, die durch das Aufziehen einer individuell unterschiedlichen Zahl von Kindern ökonomisch miteinander wechselwirken“.

Es ist einfach zu erkennen, was in diesem Fall der Grundzustand ist. Der Grundzustand ist eine Situation, in der jede Person in ihrem Leben zusammen mit dem anderen Elternteil die gleiche Anzahl Kinder erzieht. Die formale Transformation besteht aus folgendem: Statt die einzelnen Personen (die „ursprünglichen Objekte“) zu be-

⁵ Das „Quasi-Teilchen Konzept für wechselwirkende Vielteilchen-Systeme“, das in der Physik vielfältig mit großem Erfolg angewandt wird, wurde erfunden und erstmalig angewandt von dem berühmten russischen Physiker Lew Dawidowitch Landau, der für diese fundamentale Arbeit im Jahr 1962 mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet wurde. Das Konzept und viele Anwendungen kann man in dem 10-bändigen „Lehrbuch der Theoretischen Physik“ von L.D. Landau und J.M. Lifschitz nachlesen (Deutsche Übersetzung aus dem Russischen).

trachten, gruppieren wir die Personen zu Familien (die „neuen Objekte“). Kinderlose Singles sind hier äquivalent zu einem halben kinderlosen Paar. Allein-erziehende Eltern mit n Kindern entsprechen einem halben Paar, das $2n$ Kinder erzieht.

Alle Menschen sind in dieser Menge von 2-Generationen-Familien Mitglied in 2 Familien: einmal als Kind beliebigen Alters in der Familie mit seinen Eltern und einmal als Erwachsener als Elternteil in der Familie mit seinen Kindern. Jede Familie verbleibt in der Menge solange noch wenigstens 1 Familienmitglied lebt.

Eine Situation in der jeder Mensch im Laufe seines Lebens 2 Kinder aufzieht ist in Abb. 2 dargestellt. In diesem Fall stellt jeder zusammen mit einem Partner die volkswirtschaftlichen Externalitäten für die Gesellschaft bereit, die mit dem Aufziehen von 2 Kindern verbunden sind. Aber natürlich sind alle Menschen zusammen die Gesellschaft. Deshalb werden alle zur Verfügung gestellten Externalitäten von der Bevölkerung insgesamt auch absorbiert. Also absorbiert jede Person zusammen mit einem Partner einen Anteil an den gesamten Externalitäten, die durch alle anderen zur Verfügung gestellt werden, der dem Aufziehen von 2 Kindern entspricht. Die Netto-Wechselwirkung zwischen allen Familien ist damit null, da alle abgegebenen und absorbierten Externalitäten sich vollständig kompensieren.

Daraus folgt: Falls alle Menschen zusammen mit einem Partner 2 Kinder aufziehen, dann sind diese Familien mit 2 Kindern die „neuen wechselwirkungsfreien Objekte“. Natürlich müssen die Eltern nicht verheiratet sein oder zusammen leben; die Kinder können auch adoptiert sein. Man muss nur fordern, jeder Mensch teilt sich alle ökonomisch relevanten Aspekte der Erziehung von 2 Kindern (Arbeits- und Zeitaufwand, Einkommensverluste und Ausgaben) mit einem Partner oder trägt alle Belastungen der Erziehung eines Kindes alleine.

Es ist interessant darauf hinzuweisen, dass in dieser Situation das Ergebnis völlig unabhängig ist von den Details der staatlichen Steuer- oder Sozialgesetzgebung, oder irgendwelcher ande-

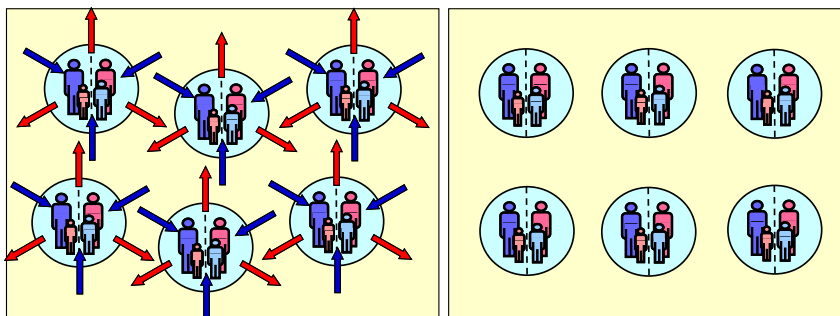


Abbildung 2: Linke Seite: Es ist eine Situation dargestellt, in der jede Person zusammen mit einem Partner 2 Kinder aufzieht. Die roten nach außen zeigenden Pfeile symbolisieren die durch Kindererziehung der Gesellschaft zur Verfügung gestellten totalen Externalitäten. Aber wir alle sind die Gesellschaft und absorbieren deshalb Externalitäten, die von anderen zur Verfügung gestellt werden. Die blauen nach innen zeigenden Pfeile symbolisieren diese Absorption des jeweiligen Anteils von totalen Externalitäten, die von anderen zur Verfügung gestellt werden.

Rechte Seite: Es ist offensichtlich, falls jede Familie Externalitäten entsprechend der Erziehung zweier Kinder zur Verfügung stellt, dann absorbiert auch jede Familie Externalitäten entsprechend der Erziehung zweier Kinder. Deshalb ist der Netto-Effekt für alle Familien null, die Wechselwirkung untereinander verschwindet, da sich zur Verfügung gestellte und absorbierte Externalitäten kompensieren.

rer Gesetze. Falls jedermann in derselben Weise behandelt wird und jedermann dasselbe an Externalitäten beiträgt, dann ist das Netto-Ergebnis immer null. In anderen Worten und noch allgemeiner: Wenn alle Menschen im Laufe ihres Lebens dieselbe Anzahl Kinder erziehen, dann werden alle Familien durch die staatlichen Gesetze hinsichtlich des Aufziehens von Kindern gerecht behandelt, unabhängig davon wie diese Gesetze im Detail aussehen. Die abgegebenen und aufgenommenen volkswirtschaftlichen Externalitäten der Kindererziehung kompensieren sich dann immer vollständig.

Natürlich ist eine reale Situation nicht homogen. Nicht jeder Mensch erzieht dieselbe Anzahl Kinder. Die reale Situation der Gesellschaft in Deutschland ist in Abb. 3 skizziert.

Die Verteilung der Kinderzahlen ist in Deutschland näherungsweise wie folgt: Ein Drittel der Bevölkerung bleibt lebenslang kinderlos, ein Drittel zieht 2 Kinder auf, ein Sechstel zieht 1 Kind auf und ein weiteres Sechstel zieht 3 (oder mehr) Kinder auf. Die gesamte Fertilität ist dann gegeben durch

Bereits die Geburt eines Kindes verändert das Wirtschaftsverhalten der jungen Eltern fundamental. Da alle Ausgaben für die Kinder Investitionen in Humankapital sind, steigt ihre Investitionsquote bei 2 Kindern von rund 10% auf 50%. Investitionen schaffen Wohlstand.

Wer lebenslang kinderlos bleibt, darf deswegen nicht diskriminiert werden – aber er darf auch nicht erwarten, dass fremde Kinder ihm seinen Lebensabend finanzieren. Auch ungewollt kinderlose haben keine Kosten für Kinder.

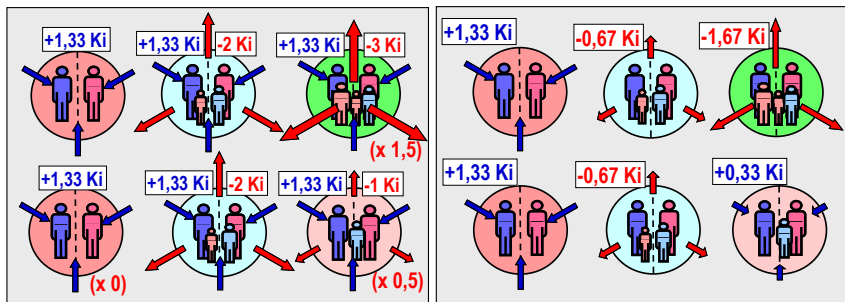


Abbildung 3: Hier werden die totalen volkswirtschaftlichen Externalitäten der Kindererziehung für den Fall gezeigt, dass die Paare eine unterschiedliche Zahl Kinder aufziehen. Die dargestellte Situation entspricht näherungsweise Deutschland: Ein Drittel der Bevölkerung bleibt kinderlos, ein weiteres Drittel zieht 2 Kinder, ein Sechstel 1 Kind und ein weiteres Sechstel 3 (oder mehr) Kinder auf.

Linke Grafik: Die nach innen gerichteten blauen Pfeile, welche die absorbierten Externalitäten symbolisieren, entsprechen nun der durchschnittlichen Kinderzahl von 1,33 Kindern pro Frau. Die nach außen zeigenden roten Pfeile, welche den abgegebenen Externalitäten entsprechen, sind proportional zur jeweiligen Zahl der aufgezogenen Kinder. Im Falle von 3 Kindern sind sie 1,5-mal und im Falle eines Kindes 0,5-mal so groß wie im Fall von 2 Kindern. Falls kein Kind aufgezogen wird, sind sie null.

Rechte Grafik: Im Falle unterschiedlicher Zahlen aufzogener Kinder kompensieren sich die abgegebenen und aufgenommenen Externalitäten nicht mehr vollständig. Die Netto-Externalitäten sind negativ (rote nach außen zeigende Pfeile), falls die Zahl der aufgezogenen Kinder größer ist als die durchschnittliche Kinderzahl, und positiv (blaue nach innen gerichtete Pfeile), falls die Zahl der aufgezogenen Kinder kleiner ist als die durchschnittliche Kinderzahl.

⁶ Diese Aussage basiert auf der Tatsache, dass die optimale Fertilität für Wohlfahrtsentwicklung nahe an der Ersetzungsfertilität von 2,1 Kindern je Frau liegt, weil dann die Gesamtbelastung der Erwerbsgeneration durch die junge und die alte Generation ein Minimum aufweist. Falls die Querschnitts-Fertilität deutlich über 2,1 Kindern je Frau läge, dann würden vierte und höhere Kinder einen negativen ökonomischen Effekt für die Gesellschaft haben und der gesamte externe Effekt der Kindererziehung würde für eine Familie mit 4 oder mehr Kindern wieder geringer werden. Solange jedoch die Querschnitts-Fertilität weit unterhalb 2 Kindern je Frau liegt, sind die abgegebenen Externalitäten einer Familie strikt proportional zur Kinderzahl.

$\frac{1}{3} \times 0 + \frac{1}{3} \times 2 + \frac{1}{6} \times 1 + \frac{1}{6} \times 3 = \frac{4}{3}$ oder 1,33 Kinder/(Frau & Mann), was recht gut mit der gegenwärtigen Geburtenrate übereinstimmt.

Im Falle einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,33 Kindern je Frau entsprechen die insgesamt aufgrund der Kindererziehung absorbierten Externalitäten ebenfalls 1,33 Kindern je 2 Personen oder 0,67 Kinder pro Person. Deshalb sind die nach innen gerichteten blauen Pfeile um den Faktor 2/3 kleiner. Die absorbierten Externalitäten (blaue Pfeile) sind für jedermann dieselben, da jeder denselben durchschnittlichen Anteil aller insgesamt durch alle anderen zur Verfügung gestellten Externalitäten absorbiert. Wir alle leben in einer Gesellschaft, deren wirtschaftlichen Chancen durch die demografische Entwicklung und demzufolge durch die durchschnittliche Kinderzahl charakterisiert werden.

Andererseits sind im Falle einer Fertilität weit unterhalb 2 Kinder je Frau die

durch die Kindererziehung zur Verfügung gestellten durchschnittlichen volkswirtschaftlichen Externalitäten strikt proportional zur Zahl der aufgezogenen Kinder.⁶ Die nach außen zeigenden roten Pfeile skalieren deshalb mit der Zahl der in den Familien aufgezogenen Kinder.

Das offensichtliche Ergebnis ist somit: Die Netto-Externalitäten sind proportional zur durchschnittlichen Zahl der pro Frau und Mann aufgezogenen Kinder abzüglich der Zahl der tatsächlich in den einzelnen Familien erzogenen Kinder.

Im Falle einer durchschnittlichen Geburtenzahl von 1,33 Kindern je Frau sind die totalen Netto-Externalitäten aufgrund der Kindererziehung somit gegeben durch:

- 0 Kinder: Kinderlose Paare erhalten netto die Externalitäten von 1,33 Kindern.
- 1 Kind: Familien mit 1 Kind erhalten netto die Externalitäten von 0,33 Kindern.
- 2 Kinder: Familien mit 2 Kindern verlieren netto die Externalitäten von 0,67 Kindern.
- 3 Kinder: Familien mit 3 Kindern verlieren netto die Externalitäten von 1,67 Kindern.
- 4 Kinder: Familien mit 4 Kindern verlieren netto die Externalitäten von 2,67 Kindern.
- und so weiter ...

Natürlich gilt wiederum, wenn ein allein erziehender Elternteil n Kinder aufzieht entsprechen die Externalitäten der Hälfte der Externalitäten eines Paares, das $2n$ Kinder aufzieht.

So weit ist dieses ein rein formales Ergebnis. Es ist noch nicht geklärt, welchen Geldwert diese kinderbezogenen Externalitäten entsprechen. Das ist gleichbedeutend mit der Frage: Wie groß sind die roten und blauen Pfeile in Geld ausgedrückt? Aber auch diese Frage kann zuverlässig beantwortet werden:

Die Pfeile, welche die externen Effekte eines Kindes repräsentieren entsprechen exakt den totalen Netto-Kosten der Erziehung eines Kindes unter den

gegebenen Gesetzen und den vorherrschenden Umständen.

Dies wird offenkundig, indem man erkennt, dass ein kinderloses Paar alle absorbierten Externalitäten ausgeglichen hätte, falls es die durchschnittliche Kinderzahl, hier 1,33 Kinder, aufgezogen hätte. Das bedeutet natürlich, falls es alle privaten Netto-Kosten für die Erziehung eines Kindes, multipliziert mit 1,33 getragen hätte. Es hat sich somit die Netto-Kosten von 1,33 Kindern erspart, was als positive Netto-Externalität in Erscheinung tritt.

Das Endergebnis lautet dementsprechend: Die totalen Netto-Externalitäten der Kindererziehung sind für Familie i gegeben durch

$$M_i = (F - N_i) \times C_i \quad (1)$$

mit M_i = Nettogeldbetrag, den Familie i gewinnt (positiv) oder verliert (negativ)

F = durchschnittliche Kinderzahl pro Frau

N_i = Zahl der von Familie i aufgezogenen Kinder

C_i = Durchschnittliche Netto-Kosten für das Aufziehen eines Kindes für ein Paar in der Einkommensklasse von Paar i

Die ungerechtfertigten Profite/Verluste M_i verschwinden, falls jeder die gleiche Anzahl Kinder aufzieht (dann ist $F - N_i = 0$) völlig unabhängig von den staatlichen Gesetzen, oder, falls die von den Gesetzen abhängigen Netto-Kosten C_i der Kindererziehung null sind.

Die Netto-Kosten der Kindererziehung C_i umfassen alle Kosten, die von den Eltern relativ zu Kinderlosen getragen werden: Opportunitätskosten, unbezahlte Arbeit, Verlust von Rentenansprüchen, direkte Kinderkosten, abzüglich staatlicher Subventionen und kinderabhängiger Vorteile in den sozialen Sicherungssystemen. Deshalb hängt die Höhe dieser Kosten von den staatlichen Steuer- und Sozialgesetzen ab. Berechnet man diese Netto-Kosten für das Aufziehen eines Kin-

des, so ergibt sich bei durchschnittlichem Einkommen ein Betrag von 300.000 Euro pro Kind (siehe Anhang Tab. 1 und 2). Das ist der Betrag den die Eltern zusammen pro Kind bei gleicher Arbeitsleistung im Vergleich zu einem kinderlosen Paar im Laufe des Lebens abgezinst auf das 45. Lebensjahr an persönlichem Konsumpotential verlieren. Alleinerziehende mit n Kindern entsprechen einer halben Familie mit $2n$ Kindern.

Folgen der Externalitäten der Kindererziehung

Es zeigt sich, dass durch die Gesamtheit der externen Effekte, die von den heute gültigen Gesetzen verursacht werden, riesige Geldströme von den Familien mit 2 oder mehr Kindern zu den lebenslang kinderlosen und 1-Kind-Familien fließen. Bei durchschnittlichem Einkommen bekommt ein lebenslang kinderloses Paar im Verlauf des Lebens etwa 400.000 Euro geschenkt (ein Single 200.000 Euro), einer Familie mit 2 Kindern werden 200.000 Euro geraubt. Daraus ergibt sich ein unverdienter relativer Vorteil von 600.000 Euro für ein kinderloses Paar gegenüber einer Familie mit 2 Kindern, der als ökonomischer Fehlanreiz („moral hazard“) zugunsten lebenslanger Kinderlosigkeit wirkt.

Aus dem Ergebnis (Gl. 1) ergeben sich einige wichtige Folgerungen:

- a. Wenn alle Menschen zusammen mit einem Partner die gleiche Anzahl Kinder aufziehen (z.B. alle 1 Kind oder alle 2 Kinder etc.), dann sind alle Steuer- und Sozialgesetze, unabhängig von ihren Details, automatisch immer gerecht; d.h. die Netto-Externalitäten werden für alle null. In den 1950er und 1960er Jahren als in Deutschland die Geburtenrate ca 2,4 Kinder je Frau betrug und fast alle 2 oder 3 Kinder aufzogen, war die Ungerechtigkeit aufgrund externer Effekte deshalb vergleichsweise gering. Sind Ungerechtigkeiten in den Steuer- und Sozialgesetzen hinsichtlich des Aufziehens von Kindern vorhanden, so wirken sie sich erst aus, wenn die individuelle Kinderzahl in der Bevölkerung stark variiert.

Gerechte Gesetze bringen alle Externalitäten zum Verschwinden – kein Lebensentwurf kann dann in ungerechter Weise von anderen Lebensentwürfen profitieren. Dadurch würde der heute schwindende Zusammenhalt der Gesellschaft wieder gestärkt.

Wenn die Gesetze für Kinderlose und alle Familien gerecht sind, ist automatisch auch Generationengerechtigkeit gegeben – abgesehen von der Staatsverschuldung und der zerfallenden Infrastruktur, die wir unseren Kindern hinterlassen.

Die Folgen unseres Geburtendefizits werden noch dadurch verstärkt, dass ausgerechnet die hoch qualifizierten und gut verdienenden Erwerbstätigen, die eine überdurchschnittliche Begabung vererben könnten und über genügend Einkommen verfügen, um Kindern eine schöne Kindheit und eine gute Bildung zu finanzieren, besonders häufig kinderlos bleiben.

Die Rentenbeiträge bzw. Steuerzahlungen von wie vielen Niedriglohnbezieher braucht man, um die hohen Altersbezüge eines kinderlosen, gut verdienenden Angestellten oder gar hohen Beamten zu bezahlen? Etwa 4 bis 8.

Wenn durch gerechte Gesetze die Externalitäten verschwinden würde der Wohlstand einer Familie mit 2 Kindern – bestimmt durch Rente, Gesundheits- und Pflegeleistungen für die alten Eltern sowie durch die Steuer- und Beitragsbelastungen der erwachsenen Kinder -- nicht geschmälert werden, wenn ein Teil der Bevölkerung keine Kinder aufzieht. Im Gegensatz dazu enthält die aktuelle Rentenformel explizit einen „demografischen Faktor“, der die Rente der Eltern kürzt und die Belastungen der Kinder steigen lässt, um Kinderlosen eine unverdiente Rente sowie Gesundheits- und Pflegeleistungen im Alter zu finanzieren.

- b. Der relative ökonomische Vorteil eines kinderlosen Paares gegenüber einer Familie mit 2 Kindern ist unabhängig von der durchschnittlichen Kinderzahl F :

$$\begin{aligned} M_i(0 \text{ Ki}) - M_i(2 \text{ Ki}) &= \\ (F - 0) \cdot C - (F - 2) \cdot C &= \\ 2 \cdot C &= 600.000 \text{ Euro} \end{aligned}$$

Wenn nur 10% der Bevölkerung kinderlos bleiben und 90% 2 Kinder aufziehen (grob etwa Deutschland 1970), dann bekommen die 10% kinderlosen Paare 540.000 Euro geschenkt und den 90% Familien werden 60.000 Euro geraubt. Dadurch werden die Lebensumstände der Familien relativ wenig beeinträchtigt, zumal die Wirtschaft bei $F = 1,8$ Kinder je Frau wächst und die Real-Einkommen steigen.

Wenn die eine Hälfte kinderlos bleibt und die andere Hälfte jeweils 2 Kinder aufzieht (Deutschland 2020?), bekommen die 50% kinderlosen Paare 300.000 Euro geschenkt und den 50% Familien werden 300.000 Euro geraubt. Dadurch werden die Lebensumstände der Familien dramatisch beeinträchtigt, zumal die Wirtschaft bei $F = 1,0$ Kinder je Frau nicht mehr wächst und die Real-Einkommen sinken.

- c. Überraschenderweise ergeben sich etwa gleich große Verluste für („traditionelle“) 1,5-Verdiener- und („moderne“) 2-Verdiener-Familien. Dies erklärt, warum es in Deutschland keinerlei Korrelation zwischen der lokalen Fertilität und der lokalen Verfügbarkeit von Kleinkindbetreuungsplätzen gibt. Im Osten ist die Geburtenrate etwa genauso hoch wie im Westen, obwohl die Verfügbarkeit von Kleinkindbetreuungsplätzen im Osten etwa dreimal höher ist. Oder: Der Landkreis Cloopenburg-Vechta hat die höchste Fertilität ($F = 1,9$ Kinder je Frau), obwohl er gleichzeitig die zweitniedrigste Kleinkindbetreuungsdichte in Deutschland hat.
- d. Die Verluste der Familien skalieren mit dem Einkommen und nehmen bei durchschnittlichem Einkommen mit der Kinderzahl um 300 Tausend

Euro pro Kind zu. Dabei betreffen die Verluste der Familien mit 3 oder mehr Kindern nur zu einem kleinen Teil die Eltern und zu einem größeren Teil die erwachsenen Kinder. Man kann das sofort einsehen, denn es gibt ja tatsächlich keinerlei ökonomische oder moralische Rechtfertigung dafür, dass die erwachsenen Kinder der Familien außer ihren Eltern auch den kinderlosen Altersgenossen ihrer Eltern Rente, Krankheits- und Pflegekosten finanzieren müssen. Je mehr Kinder in der Familie aufwachsen, umso mehr Geld fließt später aus der Familie heraus zu fremden Menschen.

- e. Durch diese Arbeit wird auch verständlich, warum die Einführung des Elterngeldes und die Kindergelderhöhungen der letzten Jahre um zusammen 30 Euro pro Monat, die insgesamt eine Entlastung von ca 20.000 Euro pro Kind darstellen, nicht in der Lage sind, die Geburtenrate gegen einen „moral hazard“ von 300.000 Euro pro Kind (Eltern mit durchschnittlichem Einkommen) oder gar 500.000 Euro pro Kind (Eltern mit weit überdurchschnittlichem Einkommen, z.B. Akademiker) merklich zu steigern. Unter Annahme einer linearen Response kann man allenfalls erwarten, die Fertilität hierdurch um $20/300 \cdot (2,1 - 1,35)$ Kinder je Frau = 0,05 Kinder je Frau, d.h. von 1,35 Kinder je Frau auf 1,40 Kinder je Frau zu steigern.

Die resultierenden verdeckten Geldströme zwischen den Lebensentwürfen mit unterschiedlicher Kinderzahl bei durchschnittlichem Einkommen sind in Abbildung 4 schematisch dargestellt.

Mit zunehmenden Einkommen steigen die Beträge, welche die Familien mit 2 oder mehr Kindern verlieren und Kinderlose und 1-Kind-Familien gewinnen, weiter an. Demzufolge ist zu erwarten, dass die durchschnittliche Kinderzahl mit zunehmendem Einkommen sinkt. Die verdeckten Geldströme von den Familien zu den Kinderlosen verschwinden, wenn die Netto-Kosten der Kindererziehung null werden, weil dann auch die externen Effekte der Kindererziehung verschwinden.

Man kann es auch so betrachten: Eine kinderlose Person trägt ca. 14% der Gesamtkosten von 2 Kindern, die Eltern der beiden Kinder tragen jeweils 43% der Gesamtkosten. Die kinderlose Person erhält aber im Alter mehr als ein Drittel der Erträge der erwachsenen Kinder, die beiden Eltern im Mittel jeweils weniger als ein Drittel. Dies ist ökonomisch absurd.

Schlussfolgerungen

Relativ zu einer Familie mit zwei Kindern belohnt der Staat ein kinderloses Paar im Laufe des Lebens mit 600.000 Euro. Er unterdrückt mit diesem finanziellen Anreiz massiv den natürlichen Kinderwunsch und ist mit seinen ungerechten Gesetzen für die niedrige Geburtenrate, die er heute beklagt, selbst verantwortlich.⁷ Er zerstört dadurch den zukünftigen Wohlstand seines Volkes, den zu fördern er verpflichtet ist. Es ist geradezu erstaunlich, dass sich unter diesen Bedingungen noch immer viele junge Menschen für zwei Kinder entscheiden. Die Verbesserung der Familienförderung in den letzten Jahren um etwa 20.000 Euro pro Kind durch Erhöhung des Kindergeldes und Einführung des Elterngeldes kann gegen diesen „Moral Hazard“ von 300.000 Euro pro Kind die Geburtenrate nicht signifikant erhöhen.

Der ökonomische Kardinalfehler in der Konstruktion der gesetzlichen Rente ist ihre „Beitragsbezogenheit“. Dadurch wird sie behandelt, als wäre sie durch das eingezahlte Kapital gedeckt, das aber die eigenen Eltern längst verbraucht haben. Die Rente ist umlagefinanziert und deshalb ausschließlich durch die Beiträge und Steuern der nachwachsenden Kinder gedeckt. Deshalb kann nur die Kindererziehungsleistung ökonomisch gerechtfertigte Ansprüche begründen. Lebenslang Kinderlose haben weder ökonomisch noch moralisch gerechtfertigte Ansprüche an fremde Kinder auf Renten-, Gesundheits- und Pflegeleistungen im Alter. Statt heute durch geschenkte Alterskosten und ersparte Kinderkosten unverdient hohen Konsum zu genießen, müssen sie das Äquivalent der Kinderkosten ansparen, um ihre Alterskosten selbst zu bezahlen. Nur so werden die Sozialsysteme „demografiefest“, die Ausbeutung der Familien wird beendet und die Geburtenrate steigt.

Ohne staatliche Sozialsysteme müssten die erwachsenen Kinder auch für ihre alten Eltern sorgen, was wir heute durch unsere Sozialbeiträge tun. Kinderlose müssten aber zusätzlich für ihr eigenes Alter kapitalgedeckt vorsorgen, denn Ansprüche an andere hätten

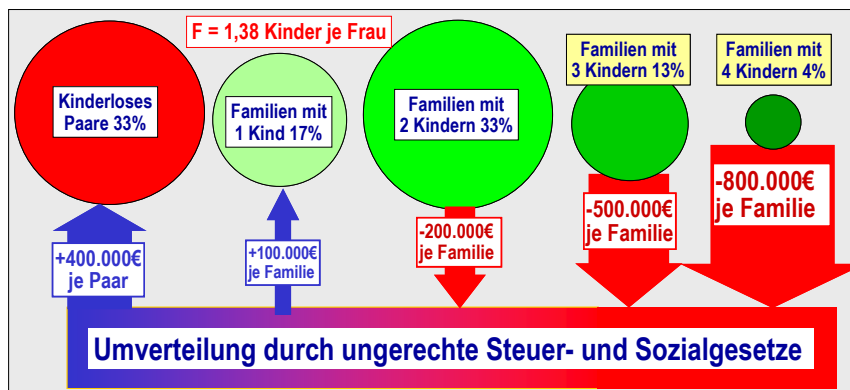


Abbildung 4: Schematische Darstellung der durch die Externalitäten erzeugten effektiven Geldströme je Familie von den Familien mit 2 und mehr Kindern zu den Kinderlosen und den 1-Kind-Familien. Die Fläche der Kreise entspricht dem Anteil des jeweiligen Lebensentwurfs, die Breite der Pfeile den Gewinnen bzw. Verlusten pro kinderlosem Paar bzw. pro Familie. Die Verluste der Familien nehmen mit der Kinderzahl zu. Deshalb gibt es nur noch wenige große Familien.

sie natürlich nicht. Diese zweite Leistung wird Kinderlosen heute durch den Staat auf Kosten der Familien mit 2 oder mehr Kindern geschenkt. Dies ist im Kern die ungerechte Ausbeutung der Eltern und ihrer Kinder.

Gerecht wäre es deshalb, wenn die jungen Menschen ab dem 25. Lebensjahr etwa 12% ihres Einkommens zusätzlich zu den Sozialabgaben, steuermindernd ansparen müssten, um daraus, falls sie kinderlos bleiben, im Alter ihren Lebensbedarf einschließlich Gesundheits- und Pflegekosten zu bestreiten. Bekommen sie ein Kind, so erhalten sie die Hälfte ihres bisher angesparten Kapitals zurück und müssen weiterhin nur noch 6% ansparen. Bekommen sie ein zweites Kind, erhalten sie ihr restliches Kapital zurück und müssen nichts mehr ansparen, denn nun werden ihre Alterskosten später durch die Beiträge ihrer beiden erwachsenen Kinder bezahlt. Dafür müssen sie natürlich die Kosten ihrer Kinder tragen. In diesem System würde eine Zunahme Kinderloser den Wohlstand alter Eltern nicht schmälern und die erwachsenen Kinder nicht zusätzlich belasten. Dieses System wäre „demografiefest“. Zusammen mit der Einführung eines Familiensteuersplittings ergäben sich so verschwindende Netto-Kosten der Kindererziehung, wie in den Tabellen 3 und 4 im Anhang dargestellt, und die Ausbeutung der Familien wäre beendet.

Bei einer Fertilität von 1,33 Kinder pro Frau und Mann müssen die beiden Kinder einer 2-Kind-Familie ($2 = 3 \times 0,67$) später nicht nur die Alterskosten ihrer beiden Eltern tragen, sondern auch noch die eines kinderlosen Alten.

Die 4 Kinder einer 4-Kind-Familie ($4 = 6 \times 0,67$) müssen später aber neben den Alterskosten ihrer beiden Eltern sogar die von 4 weiteren kinderlosen Alten tragen. Dies ist der Grund für die mit der Kinderzahl ansteigenden, riesigen Verluste großer Familien.

⁷ Obwohl hier das Steuersystem nicht explizit behandelt wird, sei angemerkt, dass die Familien auch im Steuersystem benachteiligt werden. Trotz Kindergeld bzw. alternativer Steuerermäßigung aufgrund der Kinderfreibeträge zahlt eine Familie mit Kindern bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen mehr Steuern als Kinderlose. Tatsächlich zahlen alle Mitglieder einer Familie bezogen auf ihr Pro-Kopf-Einkommen umso mehr Steuern je mehr Kinder in der Familie aufgezogen werden – Kinderlose zahlen bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen die niedrigsten Steuern.

Wir alle, aber insbesondere Kinderlose, stehen heute einen Teil unseres Wohlstands von der nachfolgenden Generation, also von den Kindern der Familien durch ausufernde Staatsverschuldung, mangelnde Investitionen und ungerechte Belastung durch kin-

derlose Alte. Wenn wir das nicht endlich beenden, werden unsere Kinder zu Arbeitssklaven für die heutige Erwerbsgeneration, insbesondere aber für die zukünftig zahlreichen kinderlosen Alten herabgewürdigt.

1,5-Verdiener-Familie, Brutto-Einkommen: 1 Elternteil 40.000 Euro/Jahr, 1 Elternteil 30.000 Euro/Jahr. Die Familie erzieht 2 Kinder, Zeit zwischen Geburten drei Jahre, Alter der Mutter bei Geburt nahe 30 Jahre.

„Traditionelle Familie“: 1 Elternteil ist durchgehend erwerbstätig, der andere Elternteil ist bis zur Geburt des ersten Kindes erwerbstätig, unterbricht seine Erwerbstätigkeit für 6 Jahre ganz, ist danach 12 Jahre lang halbtags erwerbstätig und arbeitet danach Vollzeit bis zur Altersgrenze. Verdienstaufschlag $6 + 12/2 = 12$ Jahre. Dazu kommt Einkommensverlust im Äquivalent von weiteren 8 Jahren durch Verlust beruflicher Karrierestufen. Durch die Betreuungs- und Erziehungsarbeit leisten die Eltern gleiches Arbeitspensum wie ein durchgängig erwerbstätiges kinderloses Paar.

1. Opportunitätskosten pro Kind: Verlust von 10 J des geringeren Einkommens. Netto-Einkommen ca. -14.000 €/J, incl. Elterngeld, Ehegattensplitting, Minderung des Solidaritätszuschlags	140.000 €
2. Direkte Kosten pro Kind: 18 Jahre (550-184) €/Monat, Falls das Kind an Universität studiert: weitere 6 Jahre (700-200) €/Monat ^{a)}	79.056 € 36.000 €
3. Nachteile im Rentensystem relativ zu einem kinderlosen Paar: -10 Rentenpunkte durch Einkommensausfall, + 3 durch Erziehungsjahre Verlust an Rentenzahlungen im Alter $7 \times 28,07$ €/Monat für 20 Jahre	47.158 €
4. Unbezahlte Zusatzarbeit über Vollzeitumfang hinaus: Keine ^{b)} (Unbezahlte Familienarbeit unter 1. Als Opportunitätskosten berücksichtigt.)	0 €
Netto-Kosten/Kind, durchschnittliches Einkommen abgezinst auf Alter der Eltern 45 Jahre. ^{c)}	300.000 €

^{a)} Kindergeld (184 €/Monat) bzw. die im Falle zweier Einkommen höhere Steuerminderung (200 €/Monat) wurde abgezogen.

^{b)} Die Arbeitsbelastung einer Mutter mit 2 kleinen Kindern entspricht der Belastung durch eine Vollzeitberufstätigkeit.

^{c)} Heutiges Preisniveau, Inflation, nicht berücksichtigt, Realzins 2% pro Jahr. Endergebnis ist gerundet auf ganze 10.000 €. Berücksichtigt man die Zeitabhängigkeit und die unterstellte Realverzinsung der Zahlungsströme so ist das Gesamtergebnis äquivalent zu einer Einmalzahlung der Familie im Alter der Eltern von 45 Jahren in Höhe des angegebenen Betrags.

Anhang Tabelle 1: Netto-Kosten der Kindererziehung pro Kind für eine 1,5-Verdiener-Familie unter Zugrundelegung der heute geltenden Gesetze

2-Verdiener-Familie, Brutto-Einkommen: 1 Elternteil 40.000 Euro/Jahr, 1 Elternteil 30.000 Euro/Jahr. Die Familie erzieht 2 Kinder, Zeit zwischen Geburten drei Jahre, Alter der Mutter bei Geburt nahe 30 Jahre.

„Moderne Familie“: Beide Eltern sind durchgehend erwerbstätig, nur 1 Jahr Unterbrechung pro Kind. Die Kinder besuchen nach dem ersten Lebensjahr Ganztags-Kleinkindbetreuungseinrichtungen, Ganztags-Kindergärten und Ganztags-Schulen. Allerdings ist offenkundig, dass die Eltern selbst auch in erheblichem Umfang (früh morgens und abends, an den Wochenenden, an den Feiertagen und in den Ferien) Betreuungs- und Erziehungsarbeit leisten müssen. Diese Zusatzarbeit ist aufgrund der Vollzeitberufstätigkeit besonders belastend und entspricht einer halbtags Haushaltshilfe

1. Opportunitätskosten pro Kind: Verlust 1/3 eines Netto-Monatseinkommens. 2 J <u>Ganztags</u> -Kleinkindbetreuung 300 €/M, plus 3 J <u>Ganztags</u> -Kindergarten 200 €/M	4.500 € 14.400 €
2. Direkte Kosten pro Kind: 18 Jahre lang (650-200) €/Monat, Falls das Kind an Universität studiert: weitere 6 Jahre (800-200) €/Monat ^{a)}	97.200 € 43.200 €
3. Nachteile im Rentensystem relativ zu einem kinderlosen Paar:	0 €
4. Unbezahlte Zusatzarbeit („Überstunden“): Im Mittel 1.000 €/Monat ^{b)} 10 Jahre äquivalent zu halber Vollzeitarbeit (alternativ Einstellung Haushaltshilfe)	120.000 €
Netto-Kosten/Kind, durchschnittliches Einkommen, abgezinst auf Alter der Eltern 45 Jahre.	300.000 €

^{a)} Familien mit 2 erwerbstätigen Eltern verfügen über deutlich mehr Netto-Einkommen als 1,5-Verdiener-Familien. Sie geben deshalb im Durchschnitt mehr Geld für ihre Kinder aus als 1,5-Verdiener-Familien.

^{b)} Relativ hoher Betrag, da Arbeit für Kinder als Überstunden zu betrachten ist und deshalb besonders belastend ist.

Anhang Tabelle 2: Netto-Kosten der Kindererziehung pro Kind für eine 2-Verdiener-Familie unter Zugrundelegung der heute geltenden Gesetze.

1,5-Verdiener-Familie: 1 Elternteil mit 40.000 Euro/Jahr, 1 Elternteil mit 30.000 Euro/Jahr Einkommen, Die Familie erzieht 2 Kinder, Zeit zwischen Geburten drei Jahre, Alter der Mutter bei Geburt nahe 30 Jahre.

„Traditionelle Familie“ wie in Tabelle 1 ausführlich beschrieben.

1. Opportunitätskosten pro Kind: Verlust von 10 Jahren des geringeren Einkommens. Differenz im Netto-Einkommen 12.000 €/J, incl. Elterngeld, Ehegattensplitting und Minderung des Solidaritätszuschlags.	120.000 €
2. Direkte Kosten pro Kind: 18 Jahre (550-200) €/Monat, Falls das Kind an Universität studiert: weitere 6 Jahre (700-250) €/Monat ^{a)}	75.600 € 32.400 €
3. Kindabhängige Vorteile im Rentensystem relativ zu einem kinderlosen Paar : 30 Rentencreditpunkte. Rentenzahlungen von 30 x 31,33 €/Monat für 20 Jahre	-225.600 €
4. Kindabhängige Vorteile in der Krankenversicherung (2% Gesamt-Brutto-Einkommen) und in der Pflegeversicherung (1%) relativ zu kinderlosem Paar (1.200 €/Jahr x 30 Jahre)	- 36.000 €
5. Unbezahlte Zusatzarbeit über Vollzeit hinaus. Unbezahlte Familienarbeit ist unter 1. berücksichtigt.	0 €
Netto-Kosten/Kind, durchschnittliches Einkommen, abgezinst auf Alter der Eltern 45 Jahre. ^{b)}	0 €

^{a)} Kindergeld (200 €/Monat) bzw. die im Falle zweier Einkommen höhere Steuerminderung (250 €/Monat) wurde abgezogen.

^{b)} Inflation wird nicht berücksichtigt und deshalb null gesetzt. Für den Realzins wurde 2% pro Jahr angenommen.

2-Verdiener-Familie: 1 Elternteil mit 40.000 Euro/Jahr, 1 Elternteil mit 30.000 Euro/Jahr Einkommen, Die Familie erzieht 2 Kinder, Zeit zwischen Geburten drei Jahre, Alter der Mutter bei Geburt nahe 30 Jahre.

„Moderne Familie“ wie in Tabelle 2 ausführlich beschrieben.

1. Opportunitätskosten pro Kind: 1 Jahr Verlust von 1/3 des gering. Netto-Einkommen (Elterngeld) 2 Jahre Ganztags-Kindertagesstätte 300 €/M, sowie 3 Jahr Ganztags-Kindergarten 200 €/M ^{a)}	3.500 € 14.400 €
2. Direkte Kinderkosten pro Kind: 18 Jahre (650-250) €/Monat ^{b)} Falls das Kind an Universität studiert: Weitere 6 Jahre (800-250) €/Monat ^{b)}	86.400 € 39.600 €
3. Kindabhängige Vorteile im Rentensystem relativ zu einem kinderlosen Paar : 30 Rentencreditpunkte. Rentenzahlungen von 30 x 31,33 €/Monat für 20 Jahre	-225.600 €
4. Kindabhängige Vorteile in der Krankenversicherung (2% Gesamt-Brutto-Einkommen) und in der Pflegeversicherung (1%) relativ zu kinderlosem Paar (2.100 €/Jahr x 30 Jahre)	- 63.000 €
5. Unbezahlte Zusatzarbeit für 2 Kindern vor und nach Tagesbetreuung, Wochenende, etc. 10 Jahre/Kind äquivalent zu halber Vollzeitarbeit (Haushaltshilfe voll steuerlich absetzbar)	100.000 €
Netto-Kosten/Kind, durchschnittliches Einkommen, abgezinst auf Alter der Eltern 45 Jahre. ^{c)}	0 €

^{a)} Hinsichtlich der Tagesbetreuung pro Kind wird angenommen, dass der Staat die Vollkosten der Kleinkindbetreuung (0 bis 3 Jahre, 800 €/M) mit 500 €/M und die Vollkosten des Kindergartens (3 bis 6 Jahre, 500 €/M) mit 300 €/M subventioniert.

^{b)} Familien mit 2 erwerbstätigen Eltern verfügen über deutlich mehr Netto-Einkommen als 1,5-Verdiener-Familien. Sie geben deshalb im Durchschnitt mehr Geld für ihre Kinder aus als 1,5-Verdiener-Familien.

^{c)} Inflation wird nicht berücksichtigt und deshalb null gesetzt. Für den Realzins wurde 2% pro Jahr angenommen.

**Anhang Tabelle 3:
Netto-Kosten der Kinder-
erziehung pro Kind für
eine 1,5-Verdiener-Familie
unter gerechten staatlichen
Steuer- und Sozialgesetzen**

Europa kann seinen Wohlstand und seinen weltpolitischen Einfluss nur erhalten, wenn es gelingt durch gerechte Gesetze die europäische Geburtenrate zumindest in die Nähe der Bestandserhaltung zu steigern.

Viele europäische Länder haben sich mit ihren Sozialsystemen an den ökonomisch unsinnigen deutschen orientiert mit vergleichbaren Externalitäten, die Kinderlosigkeit belohnen und Familien ausbeuten, und weisen deshalb auch ein anhaltendes Geburtendefizit auf.

Deutschland hat deshalb eine besondere Verantwortung, seine Steuer- und Sozialgesetze mit dem Ziel ökonomischer Gerechtigkeit für alle Lebensentwürfe grundlegend zu reformieren. Die dadurch steigende Geburtenrate würde sicherlich auch andere Länder zu Reformen anregen und so Europa aus seiner geriatrisch depressiven Stimmung reißen und revitalisieren.

**Anhang Tabelle 4:
Netto-Kosten der Kinder-
erziehung pro Kind für eine
2-Verdiener-Familie
unter gerechten staatlichen
Steuer- und Sozialgesetzen****Kontakt:**

Prof. Dr. Hermann Adrian
Institut für Physik
Johannes Gutenberg-
Universität Mainz

adrian@uni-mainz.de

Tanja Kiziak, Lilli Sippel, Franziska Woellert, Reiner Klingholz

Demografisches Ungleichgewicht: Subsahara-Afrika steht dem weltweiten Bevölkerungstrend entgegen

1. Unterschiedliche demografische Entwicklung in den letzten 60 Jahren

Die Weltbevölkerung hat derzeit eine Zahl von etwa sieben Milliarden erreicht, und sie wächst nach wie vor stark – um etwa 79 Millionen Köpfe im Jahr. Dieses Wachstum findet zum überwiegenden Teil in den weniger entwickelten Ländern statt. Aber auch innerhalb dieser Gruppe ist das Wachstum sehr unterschiedlich verteilt: Während in den etwas besser gestellten Entwicklungsländern die Bevölkerung im Schnitt nur um 1,2 Prozent im Jahr wächst und einzelne Länder das bestandserhaltende Niveau von 2,1 Kindern pro Frau bereits unterschritten haben, beträgt der Zuwachs in den 48 am wenigsten entwickelten Ländern durchschnittlich 2,2 Prozent. Damit wird sich die Bevölkerung dieser Länder aller Voraussicht nach bis 2050 verdoppeln. 33 der weltweit am wenigsten entwickelten Länder befinden sich in Subsahara-Afrika. In dieser Region bekommen Frauen im Schnitt immer noch 5,1 Kinder.¹

Dass die Region Subsahara erst in den letzten Jahrzehnten zum Schlusslicht der weltweiten demografischen Entwicklung geworden ist, zeigt sich in einer Clusterzentrenanalyse, die vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung für 103 ehemalige und heutige Entwicklungsländer durchgeführt wurde. Das Ziel der Analyse bestand darin, Länder mit einer ähnlichen Fertilitätsentwicklung in Clustern zusammenzufassen, um in einem weiteren Schritt Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu identifizieren. In der Analyse wurden Daten der Vereinten Nationen (UN) zur Kinderzahl je Frau in Fünfjahresschritten von 1950 bis 2010 verwendet.²

In Abbildung 1 zeigt sich, dass die Fertilitätsraten zwischen 1950 und 2010 in allen Ländern gesunken sind, häufig sogar kontinuierlich. Die Länder unterscheiden sich aber im Hinblick auf die Geschwindigkeit ihres Fertilitätsrückgangs und den Zeitpunkt, als dieser

einsetzte. In der Analyse kristallisieren sich vier typische Verlaufsmuster des Fertilitätsrückgangs heraus: Die Länder, in denen der Trend zu weniger Kindern früh, teilweise schon vor 1950, einsetzte, finden sich in Cluster A. Sie verzeichnen heute Fertilitätsraten, die nur leicht über oder sogar schon unter dem Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern pro Frau liegen.

In Cluster B finden sich Nationen, in denen die Kinderzahlen 1950 tendenziell höher lagen als in Cluster A, die also später auf den Pfad sinkender Fertilitätsraten eingeschwenkt sind und sich aktuell einer Kinderzahl von zwei je Frau annähern beziehungsweise diese vereinzelt auch unterschritten haben. Diese Länder verzeichnen insgesamt einen sehr steilen Rückgang der Fertilität in dem betrachteten Zeitraum – in einigen von ihnen bekommen Frauen heute nicht einmal ein Drittel so viele Kinder wie in den 1950er Jahren.

Die Länder in Cluster C befinden sich noch mitten im Wandel, da der Fertilitätsrückgang zumeist erst um 1980 eingesetzt hat. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau hat sich dennoch mancherorts seitdem halbiert oder noch weiter reduziert. Im Schnitt liegt sie heute bei etwa drei Kindern pro Frau.

Die Länder in Cluster D schließlich verzeichneten in den ersten vier Jahrzehnten des Untersuchungszeitraums nahezu anhaltend hohe Fertilitätsraten. Seit 1990 gehen allerdings auch hier fast überall die Kinderzahlen je Frau zurück. Sie liegen aber noch immer sehr hoch, nämlich zwischen vier und sieben.

Abbildung 2 zeigt die geografische Verteilung der Cluster. Von 42 untersuchten Ländern südlich der Sahara gehören 27 zu Cluster D mit den höchsten Fertilitätsraten. Umgekehrt finden sich in diesem Cluster mit Afghanistan, Osttimor und dem Jemen nur drei Staaten, die nicht in Subsahara-Afrika liegen. 13 weitere Staaten aus der subsaharischen Region zählen

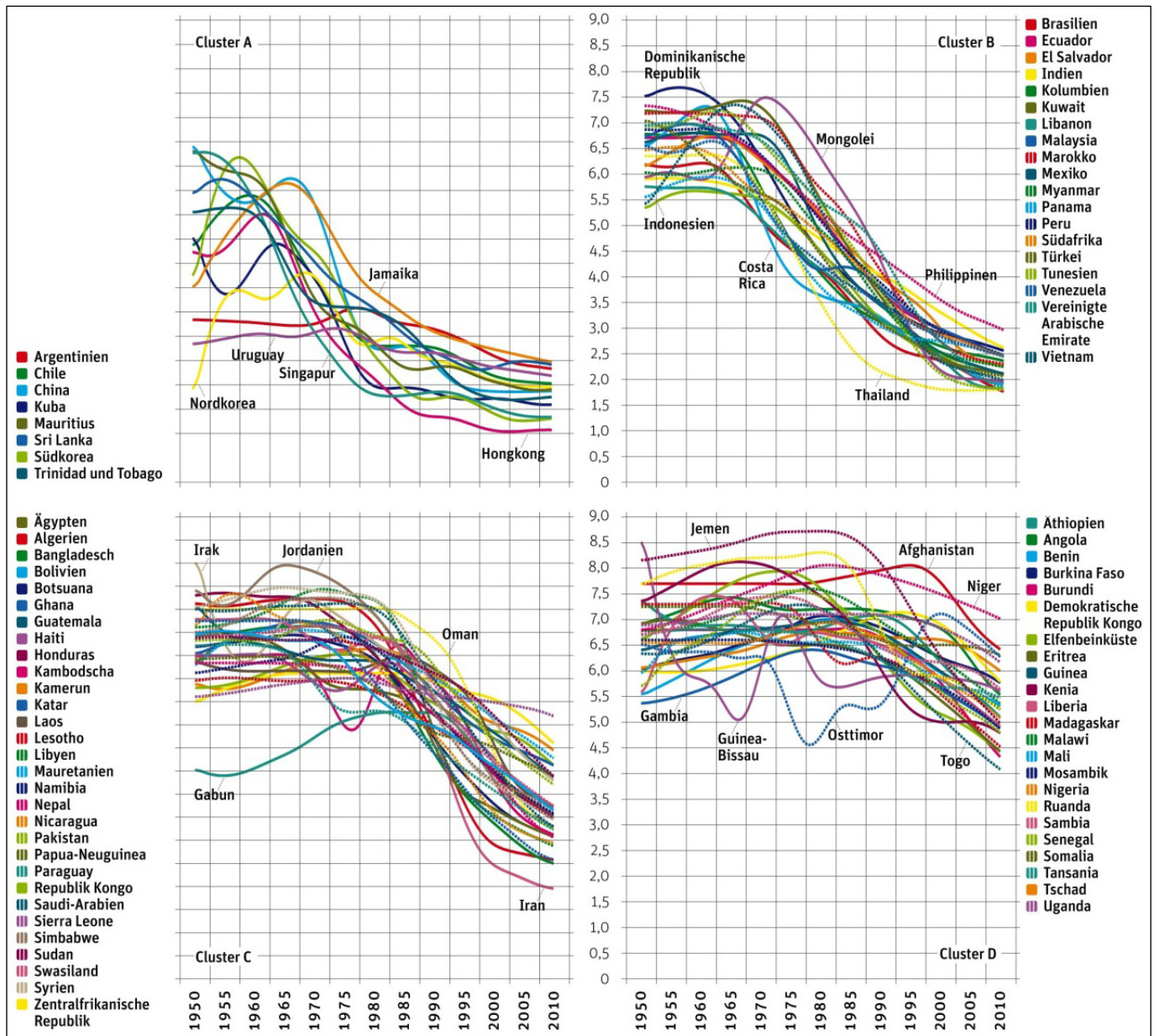


Abbildung 1:
Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau nach Clustern

Datengrundlage: United Nations ³

¹ United Nations, Department for Economic and Social Affairs, Population Division (2011): World Population Prospects: The 2010 Revision. (<http://esa.un.org/unpd/wpp/index.htm>)

² United Nations, Population Division, Department of Economic and Social Affairs (2009): World Population Prospects: The 2008 Revision. CD Rom edition. New York.

³ United Nations, Population Division, Department of Economic and Social Affairs (2009): World Population Prospects: The 2008 Revision. CD Rom edition. New York.

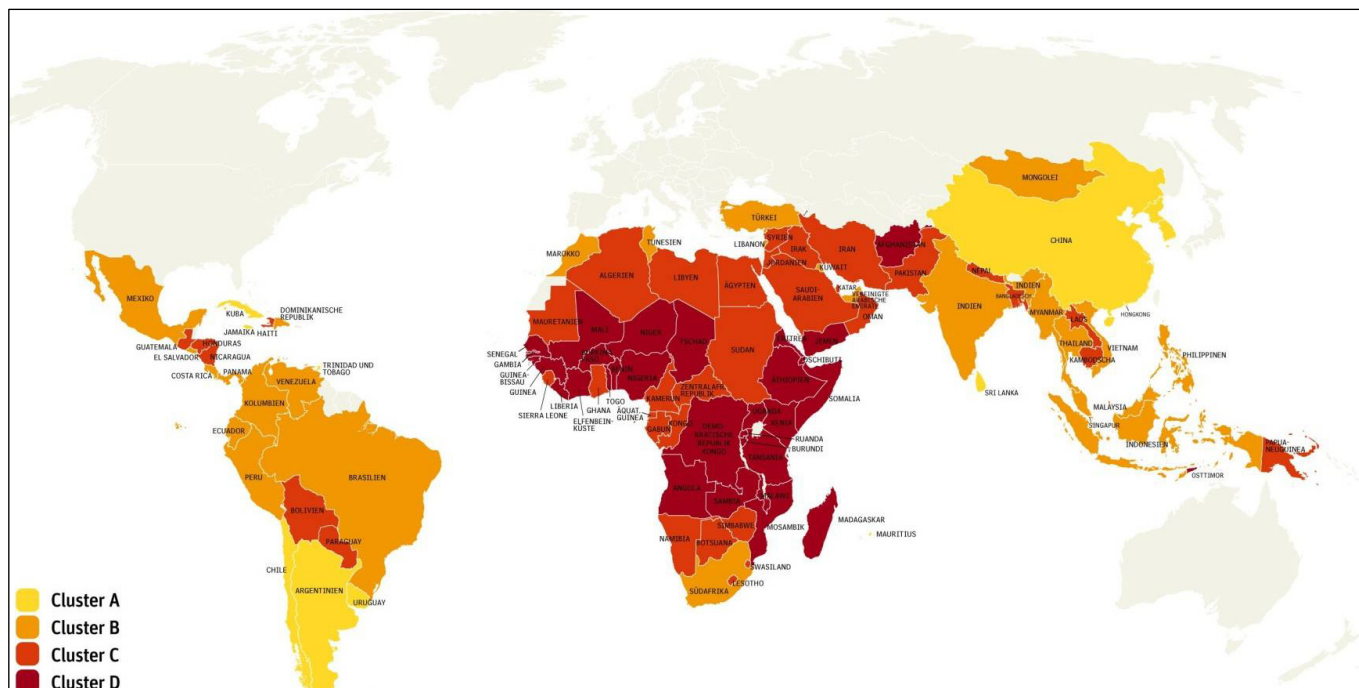


Abbildung 2:
Clustereinteilung nach der
Fertilitätsrate ausgewählter
Jahre zwischen 1960 und
2009

Datengrundlage:
United Nations ⁴

⁴ United Nations, Population Division, Department of Economic and Social Affairs (2009): World Population Prospects: The 2008 Revision. CD Rom edition. New York.

Tabelle 1:
Anzahl der Länder pro
Cluster in den entsprechen-
den Einkommensstufen der
Weltbank im Jahr 2009
(soweit verfügbar)

	Cluster A	Cluster B	Cluster C	Cluster D
Hohes Einkommen: Über 12.195 US-Dollar pro Kopf	4	0	1	0
Hohes mittleres Einkommen: Zwischen 3.946 und 12.195 US-Dollar pro Kopf	5	13	7	0
Niedriges mittleres Einkommen: Zwischen 996 und 3.945 US-Dollar pro Kopf	2	9	15	5
Niedriges Einkommen: Weniger als 996 US-Dollar pro Kopf	0	0	9	22

Afrika den anderen afrikanischen Ländern im Fertilitätsrückgang tendenziell voraus. Doch nur das Schwellenland Südafrika und das Ferienparadies Mauritius haben es wegen ihrer gesunkenen Fertilität in Cluster B beziehungsweise A geschafft.

2. Zusammenhang zwischen demografischer und sozioökonomischer Entwicklung

Die Clusterzentrenanalyse wirft zwei Fragen auf: Erstens, weisen die Länder eines Clusters neben einem ähnlichen Fertilitätsverlauf noch weitere Gemeinsamkeiten wie zum Beispiel eine vergleichbare Wirtschaftsleistung oder ähnliche Erfolge in der Bildung oder Gesundheitsversorgung auf? Und zweitens, unterscheiden sie sich in

dieser Hinsicht von den Ländern in den anderen Clustern? Um diese Fragen zu beantworten, hat das Berlin-Institut verschiedene Entwicklungsindikatoren aus den Bereichen Bildung, (reproduktive) Gesundheit, Geschlechtergleichstellung, Politik und Wirtschaft untersucht. ⁵

Die Tendenzen lassen sich am Beispiel des Pro-Kopf-Einkommens veranschaulichen (siehe Tabelle 1)⁶: In jenen Ländern, in denen die Fertilitätsraten niedrig sind, liegen die Einkommen tendenziell höher. So verzeichnen die meisten Länder aus den Clustern A und B hohe oder hohe mittlere Einkommen. Die Länder aus den Clustern C und D, in denen die Fertilität noch wenig bis gar nicht gefallen ist, erwirtschaften in der Regel niedrigere Pro-Kopf-Einkommen von meist unter 4.000 US-Dollar im Jahr. Ausnahmen bilden lediglich die reichen Ölstaaten.

Insgesamt zeigt die Gegenüberstellung der vier Clustergruppen anhand der verschiedenen Entwicklungsindikatoren, dass der Grad des Fertilitätsrückgangs und der heutige Entwicklungsstand eines Landes zusammenhängen. Ohne einen Fertilitätsrückgang hat sich kein Land sozioökonomisch entwickelt. Die Frage, was zuerst kam – Fertilitätsrückgang oder sozioökonomischer Fortschritt – lässt sich auf Grundlage der Clusteranalyse allein allerdings nicht beantworten. Ein Blick

in die Geschichte der erfolgreichen asiatischen Tigerstaaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur legt aber nahe, dass beide Entwicklungen ineinander gegriffen haben.

Der Zusammenhang zwischen demografischer und sozioökonomischer Entwicklung wurde wissenschaftlich in der Theorie der demografischen Dividende zusammengefasst: Wenn die Fertilität im Laufe des demografischen Übergangs (also der Verschiebung von hohen zu niedrigen Geburten- und Sterberaten) sinkt, verändert sich die Altersstruktur der Bevölkerung. Zunächst gibt es anteilig weniger Kinder, aber dafür mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter. Die Zahl der älteren Menschen bleibt dagegen noch gering und wächst erst, wenn die große Gruppe der Erwerbsfähigen allmählich älter wird. Da eine Gesellschaft umso produktiver sein kann, je weniger Kinder und Senioren sie anteilig versorgen muss, kann das Zeitfenster zwischen Geburtenrückgang und Alterung zu einem Entwicklungsschub führen. Damit die günstige Altersstruktur, der sogenannte demografische Bonus, genutzt werden kann, müssen die vielen erwerbsfähigen Menschen allerdings ausgebildet werden, Arbeit finden und ein möglichst langes und produktives Berufsleben führen, bevor sie selbst älter und „abhängig“ werden. Gelingt einer Gesellschaft dies, wird der Bonus zur Dividende. Den Schlüssel zum Erfolg bilden also neben einem Geburtenrückgang auch Investitionen in Bildung und den Arbeitsmarkt.

Der demografische Bonus hält allerdings nicht unbegrenzt vor. Seine Kehrseite ist die massive Alterung der Gesellschaft, die nach einigen Jahrzehnten auf das schnelle Sinken der Geburtenraten folgt: Die kinderreichen Jahrgänge der Vergangenheit werden zu einem Überhang an älteren Menschen, denen wegen der gesunkenen Fertilität relativ wenig junge Menschen gegenüberstehen. Der Anteil älterer Menschen steigt also umso sprunghafter an, je schneller zuvor die Fertilitätsraten gesunken sind. Dabei erfordert gerade die schnelle Alterung der Gesellschaft, dass die betroffenen Länder schon frühzeitig die geeigneten Instrumente zur Versorgung der zukünftigen

älteren Menschen entwickeln. In Staaten, die eine demografische Dividende erreichen, ist dies aufgrund der wirtschaftlichen Erfolge zumeist auch möglich.

3. Wo der demografische Bonus zu einem Entwicklungsschub führte

Die Theorie der demografischen Dividende diente dazu, die überraschend großen Entwicklungserfolge der asiatischen Tigerstaaten zu erklären. Diese hatten zu Beginn ihrer rasanten wirtschaftlichen Entwicklung eine ähnliche demografische und sozio-ökonomische Ausgangslage wie viele subsaharische Staaten heute. In den 1960er und 1970er Jahren begannen Länder wie Südkorea und Singapur jedoch, massiv in Bildung und Familienplanungsprogramme zu investieren und notwendige wirtschaftliche Reformen und Initiativen durchzusetzen. Daraufhin setzte ein starkes Wirtschaftswachstum ein, und sie entwickelten sich von armen Ländern mit hohem Bevölkerungswachstum zu wohlhabenden Ländern mit niedriger Fertilität.⁷ Es wird geschätzt, dass rund ein Drittel des Wirtschaftswachstums in Ost- und Südostasien darauf beruht, dass der demografische Bonus genutzt werden konnte.⁸

Auch auf dem lateinamerikanischen Kontinent folgten viele Staaten diesem Entwicklungspfad, wenn auch mit weniger ausgeprägten und unterschiedlichen Erfolgen. Der Einfluss der katholischen Kirche erschwerte aktive Familienplanung, und die wirtschaftliche Entwicklung litt in manchen Ländern unter innenpolitischen Auseinandersetzungen. Doch heute zählen die lateinamerikanischen Staaten mindestens zu den Schwellenländern, und sie haben



Die Studie steht unter www.berlin-institut.org zum Download zur Verfügung.

⁵ Für eine ausführliche Analyse der Cluster und Indikatoren siehe: Sippel, Lilli/ Kizlak, Tanja/ Woellert, Franziska/ Klingholz, Reiner (2011): Afrikas demografische Herausforderung. Wie eine junge Bevölkerung Entwicklung ermöglichen kann. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁶ World Bank (2011): World Development Indicators. <http://data.worldbank.org>

⁷ Mason, Andrew (2002): Capitalizing on the demographic dividend. <http://www2.hawaii.edu/~amason/Research/UNFPA.PDF>.

⁸ Bloom, David E./ Canning, David (2006): Booms, busts and echoes: How the biggest demographic upheaval in history is affecting global development. In: Finance and Development, Vol. 43/3, S. 8-13

eine zunehmend wichtige Rolle in der globalen Gemeinschaft.

Bis auf wenige Ausnahmen sieht es in den afrikanischen Ländern anders aus. In Nordafrika hat sich zwar die Altersstruktur relativ günstig entwickelt, doch ist es bislang nicht gelungen, diesen demografischen Bonus zu nutzen, weil es der jungen, erwerbsfähigen Bevölkerung an Arbeitsplätzen fehlt. Ein Fertilitätsrückgang allein ist also kein Garant für eine positive sozioökonomische Entwicklung. In der Region Subsahara-Afrika konnte sich hingegen noch kein Bonus an Erwerbsfähigen herausbilden, denn Kinder und Jugendliche dominieren bis heute wegen der hohen Fertilitätsraten die Bevölkerungszusammensetzung. Sollte sich die weltweite Tendenz zu niedrigen Kinderzahlen jedoch auch auf die subsaharischen Staaten ausdehnen, steht auch ihnen der Weg zu einer demografischen Dividende offen. Dieses Potenzial wird auf dem afrikanischen Kontinent politisch zwar vermehrt diskutiert, allerdings wird zum Teil verkannt, dass hinter dem Zusammenhang von Fertilitätsrückgang und Entwicklung kein Automatismus steht.⁹

4. Subsahara-Afrika auf dem Weg zum demografischen Bonus?

Damit sich in den Ländern Subsahara-Afrikas ein demografischer Bonus herausbilden kann, muss zunächst der breite Sockel an Kindern und Jugendlichen ins erwerbsfähige Alter heranwachsen. Gleichzeitig muss die Sterblichkeit in der Altersgruppe der Erwerbsfähigen zurückgehen, die auf

dem Kontinent immer noch hoch ist. Vor allem aber muss die Fertilität sinken, damit die nachwachsenden Jahrgänge (und die damit verbundenen Belastungen) kleiner werden. Als wichtigste Ansatzpunkte zur Senkung von Mortalität und Fertilität lassen sich Investitionen in die Gesundheitsversorgung und Familienplanung sowie in Bildung identifizieren. Insbesondere in den Bereichen Familienplanung und Bildung hinkt Subsahara-Afrika jedoch hinterher.

Derzeit verhütet in Subsahara-Afrika nur rund ein Viertel der verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter, davon etwa 20 Prozent mit modernen Methoden.¹⁰ Von solch einem niedrigen Wert aus sind große Steigerungen theoretisch leicht möglich. Praktisch bedarf es dazu allerdings großer Anstrengungen, denn der niedrige Wert deutet darauf hin, dass Akzeptanz und Anwendung von Familienplanung erst noch in der Gesellschaft verankert werden müssen. Dafür braucht es Fürsprecher, Aufklärung und einen einfachen Zugang zu den modernen Verhütungsmitteln. In den ersten Jahren des neuen Jahrtausends scheint es daran gemangelt zu haben. Darauf deutet die Tatsache, dass der Gebrauch von Verhütungsmitteln in diesem Zeitraum in vielen subsaharischen Ländern langsamer zugenommen hat als im vorangegangenen Jahrzehnt. Insbesondere Westafrika verzeichnete einen sehr langsamen Anstieg.¹¹

An Kenia lässt sich die Entwicklung der kontrazeptiven Prävalenz beispielhaft darstellen. Während dort der Anteil der verheirateten Frauen, die mit modernen Methoden verhüten, zwischen 1989 und 1998 deutlich gestiegen war, von 17,9 auf 31,5 Prozent, gab es in den folgenden fünf Jahren einen Stillstand – und das, obwohl in dieser Gruppe der ungedeckte Bedarf¹² bei fast 25 Prozent lag. Im jüngsten Demographic and Health Survey für Kenia von 2008/2009 zeichnet sich ab, dass die Nachfrage nach modernen Verhütungsmitteln bei verheirateten Frauen in den letzten Jahren wieder gewachsen ist, denn sowohl die kontrazeptive Prävalenz als auch der ungedeckte Bedarf sind seit der vorangegangenen Umfrage wieder gestie-

⁹ United Nations Economic Commission for Africa/ African Union (2012): Economic Report on Africa 2012. Unleashing Africa's Potential as a Pole of Global Growth. Addis Abeba. http://new.uneca.org/Portals/era/2012/ERA2012_ENG_FIN.pdf

¹⁰ Population Reference Bureau (2012): World Population Data Sheet. (http://www.prb.org/pdf12/2012-population-data-sheet_eng.pdf)

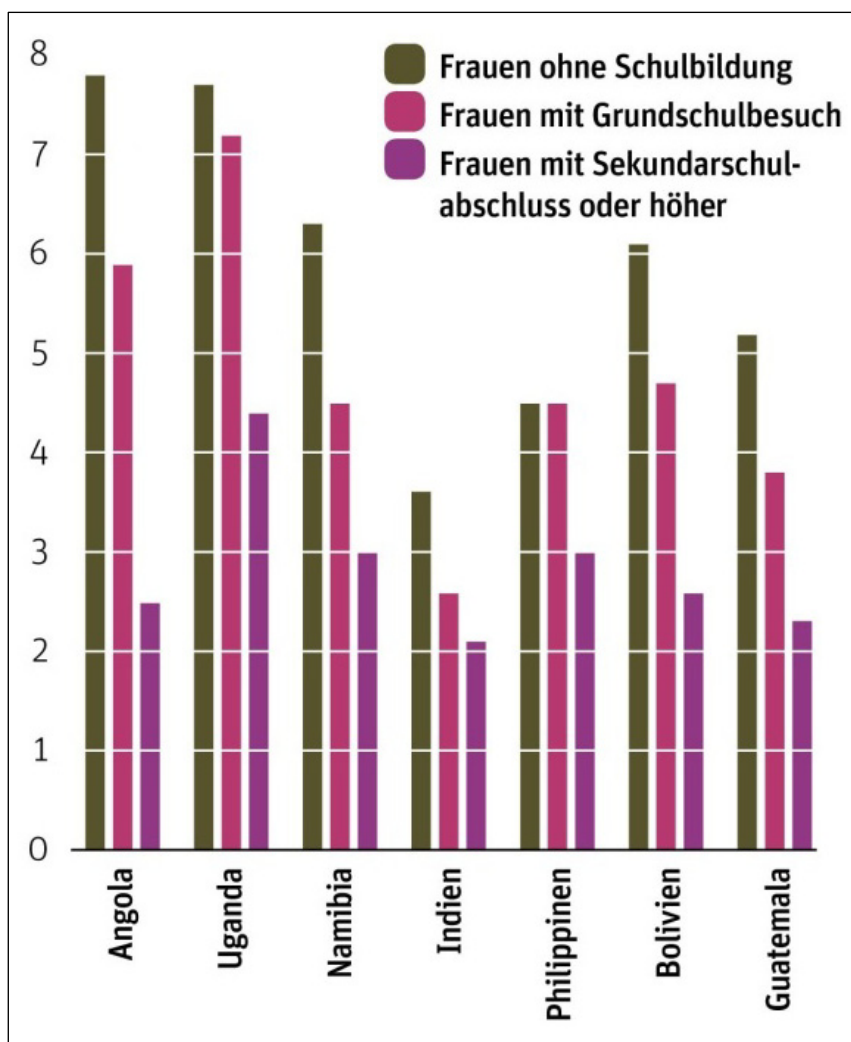
¹¹ Cleland, John G./Ndugwa, Robert P./Zulu, Eliya M. (2011): Family planning in sub-Saharan Africa: progress or stagnation? In: Bulletin of the World Health Organization 89, S. 137-143.

¹² Ein Verhütungsbedarf besteht dann, wenn eine fruchtbare Frau insgesamt keine Kinder mehr haben möchte oder die nächste Geburt um mindestens zwei Jahre hinauszögern will. Ungedeckt ist der Bedarf, wenn sie dennoch nicht verhütet. Je nach Definition wird auch für die Anwenderinnen traditioneller Methoden ein ungedeckter Bedarf an Verhütungsmitteln angenommen. Innerhalb des Papiers bezieht sich der ungedeckte Bedarf auf Frauen, die weder moderne noch traditionelle Verhütungsmethoden anwenden.

gen.¹³ Schätzungen zufolge müsste die kontrazeptive Prävalenz in Kenia jedoch um weitere rund 20 Prozentpunkte zulegen, um allein den ungedeckten Bedarf verheirateter Frauen zu decken.¹⁴ Dazu sind große Investitionen im Gesundheitssektor nötig. Dies gilt für ganz Subsahara-Afrika: Hier haben derzeit 60 Prozent der Frauen, die eine Schwangerschaft (vorerst) vermeiden möchten, keinen Zugang zu modernen Verhütungsmethoden.¹⁵ Da die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 49 Jahren aufgrund der hohen Kinderzahlen in der Vergangenheit auch in Zukunft noch steigen wird, nimmt der Bedarf an Familienplanung außerdem aus demografischen Gründen weiter zu.

Das hohe Bevölkerungswachstum in Subsahara-Afrika wirkt sich auch negativ auf andere Sektoren aus. So reicht im Bildungsbereich die Infrastruktur nicht aus, um die rasch wachsende Zahl junger Menschen mit der notwendigen Ausbildung zu versorgen. Es fehlen Gebäude, Unterrichtsmaterialien, moderne Lehrmethoden und Lehrer – vor allem solche, die selbst eine gute Ausbildung erhalten haben. In Mosambik, Togo oder der Zentralafrikanischen Republik müssen Lehrer 80 und mehr Kinder unter armseligen Bedingungen unterrichten. In Bürgerkriegsländern bleibt mitunter ganzen Generationen der Schulbesuch versagt. In der Folge landen pro Jahr sieben bis zehn Millionen junge Afrikaner auf dem Arbeitsmarkt, die kaum über eine ausreichende Qualifikation verfügen.¹⁶ Auch wenn praktisch überall Schulpflicht herrscht, besuchen rund 35 Millionen Kinder in Afrika keine Schule, darunter mehr Mädchen als Jungen.¹⁷ Mädchen sind auf allen Bildungsstufen benachteiligt, bei der Sekundarbildung wird die Geschlechtergleichstellung beispielsweise nur in einem der 35 subsaharischen Länder erreicht, für die Daten vorliegen.¹⁸

Bildung ist jedoch nicht zuletzt eine Voraussetzung für eine Verbesserung der reproduktiven Gesundheit: Frauen, die wenigstens eine Sekundarbildung genossen haben, laufen weniger Gefahr, schon als Teenager schwanger zu werden, finden einfacher Zugang zu Verhütungsmitteln und benutzen diese



auch häufiger. Weltweit ist die Fertilität mit einer Steigerung des Bildungsstandes gesunken, wobei sich die stärksten Effekte bei einer Ausweitung der sekundären Bildung für Frauen beobachten lassen (siehe Abbildung 3).¹⁹

Um eine demografische Dividende zu erreichen, ist es aber mit Investitionen

Abbildung 3:
Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau nach Bildungsabschluss, unterschiedliche Jahre 2005 bis 2008

Datengrundlage: Demographic and Health Surveys (www.measuredhs.com)

¹³ Demographic and Health Surveys. <http://www.measuredhs.com>.

¹⁴ USAID (2010): The cost of family planning in Kenya.

http://www.healthpolicyinitiative.com/Publications/Documents/1189_1_Kenya_Brief_FINAL_7_12_10_acc.pdf.

¹⁵ Singh, Sunsheela/Darroch, Jacqueline .E. (2012) Adding it up. Costs and benefits of contraceptive services – estimates for 2012.

(<http://www.guttmacher.org/pubs/AIU-2012-estimates.pdf>)

¹⁶ Fritz, Marike (2011): Bildung bringt die Entwicklung voran. Akzente, 01/2011, Eschborn

¹⁷ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2010): Zehn Ziele für Bildung. BMZ Bildungsstrategie 2010-2013. <http://www.bmz.de>

¹⁸ UNESCO (2011): The hidden crisis: Armed conflict and education. EFA Global Monitoring. Report 2011. <http://unesdoc.unesco.org>

in Familienplanungsprogramme und Bildung allein noch nicht getan. Denn das Humanvermögen, das sich durch verbesserte Bildung und geringere Kinderzahlen deutlich erhöht, muss auch volkswirtschaftlich nutzbar gemacht werden. Dafür müssen Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch dies dürfte in Subsahara-Afrika zu einer großen Herausforderung werden. In der Vergangenheit hat es in vielen Ländern an erfolgreichen Wirtschaftskonzepten und/oder an Investoren gemangelt, die oftmals die unsichere politische wie wirtschaftliche Lage scheuen.

In Subsahara-Afrika sind also noch große Anstrengungen nötig, um erstens einen demografischen Bonus zu erreichen und diesen zweitens in eine demografische Dividende zu verwandeln. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen mag das Erreichen einer demografischen Dividende für viele Länder geradezu unmöglich erscheinen. Doch auch den heutigen Tigerstaaten wurde in den 1960er Jahren keine derartig positive Entwicklung vorausgesagt. Vor 50 Jahren hätte beispielsweise kaum ein Entwicklungsexperte gedacht, dass das vom Korea-Krieg gebeutelte, agrarisch geprägte Südkorea einmal zur siebtgrößten Exportnation heranwachsen und gemessen am Bruttonationaleinkommen zu den reichsten Nationen der Welt zählen würde.²⁰ Auch Singapur war bis in die 1960er Jahre ein politisch instabiler Staat mit Massenarbeitslosigkeit, düsteren Wirtschaftsprognosen und sehr hohem Bevölkerungswachstum. Binnen einer Generation gelang Singapur jedoch mit einer Mischung aus Familienplanung, Bildung und Investitionen in den Arbeitsmarkt der Schritt von einem armen Entwicklungsland zu einer führenden Industrienation. Selbst

ein sehr armes Land wie Bangladesch hat in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte beim Ausbau von Bildung, der Bereitstellung von Familienplanung und weiteren bevölkerungspolitischen Maßnahmen erzielt, sodass die Fertilitätsrate dort mittlerweile auf 2,3 Kinder pro Frau gesunken ist.²¹

5. Alte Herausforderungen bleiben bestehen, neue kommen hinzu

Selbst unter der Annahme, dass die Fertilitätsraten auch in den ärmsten Entwicklungsländern in Zukunft zügig zurückgehen, bleibt das hohe Bevölkerungswachstum vorerst bestehen, denn die Bevölkerungen dieser Staaten sind im Schnitt sehr jung. Alleine in den Ländern südlich der Sahara sind 42 Prozent der Bevölkerung jünger als 15 Jahre²² – das heißt, es wird in Zukunft deutlich mehr Frauen im gebärfähigen Alter geben als heute. Selbst wenn diese Frauen dann im Schnitt weniger Nachwuchs als ihre Mütter hätten, würde das starke Bevölkerungswachstum zunächst anhalten. Dadurch werden viele Entwicklungsländer auch in den nächsten Jahrzehnten mit altbekannten Risiken und Entwicklungshemmnissen konfrontiert sein, wie etwa mangelnder Ernährungssicherheit, Druck auf Gesundheits- und Bildungssysteme, Überlastung der Infrastruktur oder Ressourcenknappheit. Letztlich folgt daraus auch ein größeres Konfliktpotenzial. Durch den Klimawandel werden viele Probleme noch weiter verschärft. Entwicklungsländer werden am stärksten vom Klimawandel getroffen, haben aber die geringsten Möglichkeiten, sich daran anzupassen. Die Auswirkungen sind dort besonders dramatisch, wo viele Menschen von begrenzten natürlichen Ressourcen leben, etwa am Nildelta.

Nicht nur hohe Fertilitätsraten, sondern auch sehr schnell sinkende können (zeitlich versetzt) die sozio-ökonomische Entwicklung gefährden. Länder, in denen die Geburtenraten innerhalb kurzer Zeit stark fallen, erleben einige Jahrzehnte später eine rapide Alterung der Gesellschaft – die Kehrseite der demografischen Dividende. So verläuft die demografische Alterung in vielen Schwellen- und ehemaligen

¹⁹ United Nations Population Fund (2011): Population dynamics in the least developed countries: Challenges and Opportunities for development and Poverty reduction. New York. <http://unfpa.org>

²⁰ Auswärtiges Amt (2012): Korea (Republik Korea, Südkorea) (<http://www.auswaertiges-amt.de>)

²¹ United Nations, Department for Economic and Social Affairs, Population Division (2011): World Population Prospects: The 2010 Revision. (<http://esa.un.org/unpd/wpp/index.htm>)

²² United Nations, Department for Economic and Social Affairs, Population Division (2011): World Population Prospects: The 2010 Revision. (<http://esa.un.org/unpd/wpp/index.htm>)

Entwicklungsländern wie China oder Südkorea deutlich schneller als in Europa. In Frankreich hat es 115 Jahre gedauert, bis sich der Anteil der über 60-Jährigen von sieben auf 14 Prozent verdoppelt hat. Thailand benötigt für die gleiche Entwicklung nur 20 Jahre.²³ Staaten, die die demografische Dividende eingefahren und sich wirtschaftlich entwickelt haben, stehen damit vor der Herausforderung, den erreichten Entwicklungsstand trotz der starken Alterung auch in Zukunft zu halten. Weitaus schwieriger stellt sich die Lage jedoch in Ländern dar, die nach wie vor von Armut geprägt sind, deren Bevölkerung aber ebenfalls altert. Im Allgemeinen steigt die Lebenserwartung auch dort. Bis 2050 dürften weltweit etwa 1,5 Milliarden Menschen leben, die älter als 64 Jahre sind – drei Viertel von ihnen in den heutigen Entwicklungsländern, wo sie auf wenig entwickelte Gesundheits- und Sozialsysteme treffen.²⁴

Neben Bevölkerungswachstum und

²³ United Nations, Department for Economic and Social Affairs, Population Division (2011): World Population Prospects: The 2010 Revision. (<http://esa.un.org/unpd/wpp/index.htm>)

²⁴ United Nations, Department for Economic and Social Affairs, Population Division (2011): World Population Prospects: The 2010 Revision. (<http://esa.un.org/unpd/wpp/index.htm>)

Alterung stellen nationale und internationale Migrationsbewegungen die dritte große demografische Herausforderung dar. Dabei könnten sich Migrationsbewegungen durch die weltweiten demografischen Ungleichgewichte in Zukunft noch verstärken. Sie können bestehende Probleme einerseits verschärfen, andererseits aber auch Entwicklungschancen bieten (vgl. Beitrag von Susanne Schmid).

Insgesamt machen die zahlreichen Verflechtungen zwischen Bevölkerungsdynamik und Entwicklungserfolgen jedenfalls deutlich, dass demografische Fragen wieder stärker in den Fokus der (Entwicklungs-) Politik genommen werden sollten.

Kontakt:

Tanja Kiziak
Lilli Sippel
Franziska Woellert
Reiner Klingholz

Berlin-Institut
für Bevölkerung
und Entwicklung

kiziak@berlin-institut.org

Susanne Schmid

Weltweite Migration und Migrationspotenzial

Der Beitrag beginnt mit einem aktuellen Überblick über das internationale Wanderungsgeschehen. Danach wird am Beispiel der Herkunftsregionen Afrika und Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und der Zielregion Europäische Union (EU) die Vorgehensweise bei der Einschätzung von Migrationspotenzial veranschaulicht. Ziel ist es, die Wanderungsmotivation und das Migrationspotenzial in einer Entwicklungsdifferenz zu lokalisieren und von da aus auf politischen Handlungsbedarf zu verweisen.

1. Weltweite Migration

Bei einer geschätzten Weltbevölkerung von aktuell 7 Milliarden Menschen sind laut United Nations Population Division (UNPD) etwa 214 Millionen weltweit grenzüberschreitend auf Wanderung. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung von ca. 3% ist zwar seit über 40 Jahren annähernd gleich geblieben, die absolute Zahl, die Struktur und die räumliche Verteilung der Migranten haben sich jedoch stark verändert.

Migrationsbewegungen: Zwischen 1960 und 2010 entwickelte sich die Zahl der Migranten weltweit von 75 Millionen auf 214 Millionen. Der Anteil stieg dabei aufgrund der gleichzeitigen Zunahme der Weltbevölkerung von 2,5% auf 3,1%. Gegenwärtig weisen Nordamerika und Europa die meiste Zuwanderung auf, während Afrika, Asien sowie Lateinamerika und die Karibik von Abwanderung geprägt sind. Zwischen 1990 und 2009 entfiel rund 71% des Migrationszuwachses auf nur vier Länder: die USA (24,3 Millionen), Deutschland (5 Millionen), Spanien (5 Millionen) und Italien (3,6 Millionen). Seit 2000 sind die wichtigsten Herkunftsländer von Migranten China, Indien, Indonesien, Mexiko und die Philippinen. Die Hauptzielländer der Migration sind aktuell die USA, gefolgt von Russland, Deutschland, Saudi Arabien und Kanada. Die meisten Menschen wandern jedoch innerhalb ihres Herkunftslandes. Die Zahl der Binnenmigranten wird aktuell auf ca. 740 Millionen Personen geschätzt. Weniger als 70 Millionen Menschen

(33%) migrierten 2009 laut UNDP von Entwicklungsländern in Industrieländer. Der Anteil weiblicher Migranten hat sich von 1960 bis 2009 leicht von 47% auf 49% erhöht. Migrantinnen sind in den Industrieländern stärker vertreten als in den Entwicklungsländern (51% zu 45%).

Erzwungene Migration: Im Jahr 2011 waren laut United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) weltweit 42,5 Millionen Menschen auf der Flucht: 15,2 Millionen grenzüberschreitende Flüchtlinge, 26,4 Millionen Binnenvertriebene und 895.000 Asylbewerber. Trotz der hohen Zahl an 4,3 Millionen Neuvertriebenen nahm die Gesamtzahl von Flüchtenden im Vergleich zum Vorjahr leicht ab (2010: 43,7 Millionen), da 2011 insgesamt etwa 3,7 Millionen Menschen in ihre Herkunftsgebiete zurückkehren konnten. Die wichtigsten Herkunftsländer von Flüchtlingen waren auch 2011 Afghanistan (2,7 Millionen), Irak (1,4 Millionen), Somalia (1,1 Millionen) und die Demokratische Republik Kongo (491.000). Etwa vier Fünftel aller Flüchtlinge halten sich in Nachbarländern auf, davon allein 1,7 Millionen in Pakistan, 886.500 im Iran, 566.500 in Kenia und 366.500 im Tschad. Im Vergleich der Industrieländer leben in Deutschland aktuell die meisten Flüchtlinge (571.700). In Südafrika wurden 2011 – wie schon in den letzten vier Jahren – die meisten Asylanträge gestellt (107.000 Anträge). Die Zahl der Staatenlosen wird von UNHCR auf 12 Millionen geschätzt. Erzwungene Migration stellt jedoch keine dominante Wanderungsform dar, die meisten Menschen verlassen ihre Heimat freiwillig. Auch gehören Migranten meist nicht zu den ärmsten Bevölkerungsschichten, da Migration kostenintensiv ist.

Migrantenbevölkerung: Im Jahr 2010 lebten die meisten Migranten in Europa (70 Millionen), gefolgt von Asien (61 Millionen), Nordamerika (50 Millionen), Afrika (19 Millionen), Lateinamerika/Karibik (7,5 Millionen) sowie Ozeanien (6 Millionen). Gemessen an der Bevölkerung stellten Migranten den höchst-

ten Anteil in Ozeanien (16%), Nordamerika (14,5%) und Europa (9,5%). Zwischen 1960 und 2009 stieg die Zahl der Länder, die mindestens 500.000 Migranten zählen, von 30 auf 65. In den USA leben aktuell die meisten Migranten (43 Millionen), gefolgt von der Russischen Föderation (12 Millionen).

Migration und Entwicklung: Die internationale Migration kann aufgrund materieller und immaterieller Transfers als Chance für die menschliche Entwicklung und die Reduzierung von Armut in den Herkunftsgesellschaften begriffen werden. Die weltweiten Rücküberweisungen werden von der Weltbank für 2011 insgesamt auf über 501 Milliarden US-\$ geschätzt, drei Viertel der Summe ging in weniger entwickelte Länder (372 Milliarden US-\$). Die Rimmessen in diese Länder haben trotz weltweiter Finanzkrise um 12% zugenommen und betrugen auch 2011 fast das Dreifache der Entwicklungshilfetransfers westlicher Industrienationen (133,5 Milliarden US-\$). Die meisten Rücküberweisungen flossen 2011 nach Indien (64 Milliarden), China (62 Milliarden US-\$), Mexiko (24 Milliarden US-\$) und die Philippinen (23 Milliarden US-\$). Die Weltbank prognostiziert bis 2014 einen weiteren Anstieg der weltweiten Rücküberweisen auf 615 Milliarden US-\$, wovon 467 Milliarden US-\$ in Entwicklungsländer gehen sollen. Die Hauptentsendeländer von Rücküberweisungen sind die USA, gefolgt von Saudi Arabien, der Schweiz und Russland.

2. Migrationspotenzial

Die weltweiten Wanderungsbewegungen haben eine neue geopolitische Dimension angenommen: sowohl die Zahl der Migranten wie die eingeschlagenen Wege haben sich vervielfacht. Dieser Entwicklung muss die Migrationssoziologie konzeptionell Rechnung tragen. Die statistische Beobachtung des Wanderungsgeschehens allein gibt jedoch wenig Anhaltspunkte für eine gestaltende Migrationspolitik und so muss Migrationssoziologie bis zu den Wanderungsursachen zurückgehen.

2.1 Theoretische Konzeption

Das Migrationspotenzial bezeichnet die Abwanderungswilligen, die sich von einem Verbleib in einer Region keine Erfüllung von Lebenszielen versprechen und zu einem günstigen Zeitpunkt und auf verschiedensten Wegen in eine aussichtsreichere Region migrieren möchten. Migrationspotenzial wird – indirekt – an Ausmaß und innerer Struktur eines Wohlstandsgefälles zwischen zwei Regionen erschlossen (Abb. 1). Hierzu bedarf es der Analyse einer Differenz *demographischer, ökonomischer, politischer und ökologischer Faktoren* zwischen Herkunftsregion und angestrebter Zielregion. In diese Differenzen treten vermittelnd *Migrantennetzwerke* – abzu-leiten an den bisherigen Wanderungsbewegungen und der Migrantenbevölkerung – ein. Denn über Netzwerke werden Informationen zu Entwicklungs- und Standarddifferenzen zwischen Herkunfts- und Zielland ausgetauscht und gleichzeitig die Möglichkeiten ihrer Überwindung aufgezeigt.

Zwischen Migrationspotenzial und tatsächlich vollzogenen Abwanderungen besteht keine feste Relation und keine chronologisch zwingende Handlungsfolge. Es gibt keine empirisch belastbare Theorie, wann Migrationsdruck zu Abwanderung führt. Auch ist kein starres Verhältnis von Sesshaften, Abwanderungswilligen und der Zahl regelmäßig Fortziehender anzunehmen. Da Migrationspotenzial kein exakt bestimmbarer Begriff ist, müssen quantitative Fakten und qualitative Einschätzungen bei seiner Bestimmung zusammenwirken. Die Bestimmung eines Migrationspotenzials beruht somit auf einer wohl informierten Einschätzung jener Zahl von Menschen, die unter Umständen bereit sind, eine Region zu verlassen, um andernorts nach besseren Lebensgrundlagen zu suchen. Die Einschätzung bezieht die Bindungskräfte am Ort ein, die Gefahren und Vorteile eines anzusteuernenden Zielraumes und letztlich die Hoffnungen, die potenzielle Migranten und ihre Angehörigen mit der Abwanderung verbinden.

Die Vorgehensweise, Migrationspotenzial qualitativ anhand von Entwicklungsdifferenzen zwischen Fortzugs-

Abwanderungsfaktoren aus Herkunftsländern	➡	Migranten	⬅	Anziehungsfaktoren der Zielländer
↓		Strukturdifferenzen		↓
Junge Altersstruktur, niedrige Lebenserwartung Mangelnde Bildungs- und Gesundheitsversorgung, fehlende soziale Sicherung	⬅	1. Demographische Faktoren und soziale Infrastruktur	➡	Demographische Alterung, hohe Lebenserwartung Wohlfahrtsstaatliche Leistungen, gute Bildungs- und Gesundheits- versorgung, soziale Sicherung
Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne Armut, niedriger Konsum- und Lebensstandard	⬅	2. Wirtschafts- und arbeitsmarktrelevante Faktoren	➡	Arbeitskräftemangel, hohe Löhne Wohlstand, hoher Konsum- und Lebensstandard
Schattendemokratien, schlechte Regierungsführung Krieg, staatliche Überwachung, Folter, Verfolgung, Enteignung, Terrorismus, Rechtsunsicherheit, Minderheitenunterdrückung	⬅	3. Politische Faktoren	➡	Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, politische Stabilität Frieden, Sicherheit, Garantie der Menschen- und Bürgerrechte, Minderheitenschutz
Umweltkatastrophen, Ressourcenmangel, Wasserknappheit, Bodenerosion, fehlende Umweltpolitik	⬅	4. Umweltbezogene Faktoren	➡	Intaktere Umwelt, Ressourcen- und Umweltschutzmaßnahmen
↓		Migrantennetzwerke		↓
Familienentscheidungen Informationsflüsse, Medien, übermitteltes Bild vom Zielland (II)legale Zuwanderungs- möglichkeiten, Schleuserrouen	⬅	5. Migrationsbewegungen und Migrantenbestand	➡	Diaspora, Ethnische Community Informationsflüsse, Medien, übermitteltes Bild vom Zielland (II)legale Zuwanderungs- möglichkeiten (Aufenthaltsrecht)

Abbildung 1:
Migrationspotenzial
zwischen kontrastieren-
den Räumen

Quelle: Eigene Darstellung

und Zielregionen zu untersuchen, bringt damit eine Akzentverschiebung in die Migrationsforschung: weg von der reinen Wanderungsstatistik hin zu einer vergleichenden Analyse kontrastierender Räume. Denn die statistisch erfassbaren Migrationsbewegungen geben wenig Aufschluss über ihre Hintergründe, die Problemlagen in den Herkunftsländern und das dortige Migrationspotenzial. Migrationspotenzial ist, obwohl quantitativ nicht exakt fassbar, somit die eigentliche politische Größe, mit der Staaten, Herkunfts- wie Zielregionen, zu rechnen haben. Es enthält die außen- und entwicklungspolitische Dimension zwischen Herkunfts- und Zielländern.

2.2 Analysen am Beispiel der Herkunftsregionen Afrika und GUS

Am Beispiel der Herkunftsregionen Afrika und GUS und der angrenzenden Zielregion EU wird im Folgenden die Vorgehensweise bei der qualitativen Einschätzung von Migrationspotenzial veranschaulicht. Ziel ist es, die Wandermotivation und das Migrationspotenzial offenzulegen und von da aus auf politischen Handlungsbedarf

zu verweisen. Die folgenden Ergebniszusammenfassungen beruhen auf den Forschungsberichten der Autorin und beschränken sich auf die Abwanderungs- und Netzwerkfaktoren (Schmid 2010, 2012).

Das Migrationspotenzial Afrika's

Abwanderungsfaktoren – Demographische, ökonomische, politische und ökologische Strukturdifferenzen

Aus *demographischer* Sicht dürfte das Migrationspotenzial Afrikas steigen, weil der Kontinent im internationalen Vergleich ein ausnehmend starkes Bevölkerungswachstum von 2,3% aufweist (Tab. 1). Dafür ist die immer noch sehr hohe zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) verantwortlich, die in Afrika durchschnittlich bei 4,4 Kindern je Frau liegt. Sie ist damit doppelt so hoch wie im asiatischen Durchschnitt mit 2,2 und beträgt fast das Dreifache der europäischen mit 1,6 Kindern je Frau. Laut UNPD-Projektionen wird sich die afrikanische Bevölkerung bis zum Jahr 2050 verdoppeln, d.h. auf 2,2 Milliarden Menschen anwachsen, die Bevölkerung Europas wird dagegen abnehmen. Der

Vergleich zwischen Afrika und Europa zeigt noch weitere demographische Unterschiede: So beträgt die Lebenserwartung bei Geburt in Europa für beide Geschlechter durchschnittlich 77 Jahre und ist damit 20 Jahre höher als in Afrika (Tab. 1). Das Medianalter der Bevölkerung liegt in Europa bei 40 Jahren, in Afrika bei nur 20 Jahren. Das Verhältnis von unter 15-jährigen zu über 60 Jährigen beträgt 2010 in Europa 15% zu 22%, in Afrika stehen die Altersgruppen der Jugend und des Alters im Verhältnis von 40% zu 6% zueinander (Tab. 1). Hinsichtlich der starken afrikanischen Jugendjahrgänge gilt zu bedenken, dass in Ländern mit einem hohen Anteil junger Menschen der Druck auf das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt steigt, was bei mangelnder Aufnahmekapazität in diesen Bereichen zu Landflucht oder internationaler Migration führen kann.

Doch die demographische Entwicklung allein ist nicht der Grund für das wachsende Migrationspotenzial, sondern die Wechselwirkung von Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Mangel-faktoren.

Aus *ökonomischer* Sicht dürfte das Migrationspotenzial Afrikas aufgrund fehlender Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen bei einer wachsenden Erwerbsbevölkerung steigen. Trotz des Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre sind Armut und Arbeitslosigkeit

in Afrika sehr hoch. Allein die Gegenüberstellung des Wirtschaftsindicators Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf (KKP) 2010 von 2.630 US-\$ in Afrika und von 27.080 US-\$ in Europa lässt darauf schließen, dass sich in Afrika Wirtschaftsschwäche und starkes Bevölkerungswachstum kombinieren (Tab. 1). Der Human Development Index (HDI) von 2011 bestätigt dieses maximales Wohlstands- und Entwicklungsgefälle in nächster Nähe. Demnach befinden sich die Länder mit dem weltweit niedrigsten Entwicklungsstand fast ausschließlich in Afrika, im Gegensatz dazu gelten alle EU-Staaten als höchstentwickelte Länder (Abb. 2).

Aus *politischen* Gründen dürfte das Migrationspotenzial Afrikas steigen, weil sich auf dem afrikanischen Kontinent Regierungsversagen, Korruption, Instabilität, politische Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen häufen. Afrikanische Regimes sind größtenteils Diktaturen und defekte Demokratien. Basierend auf dem Failed State Index 2011 ist eine nennenswerte Anzahl afrikanischer Länder weiterhin durch Staatsversagen blockiert oder bereits von Staatsverfall gezeichnet (Abb. 3). In absehbarer Zeit ist keine Abnahme des innerafrikanischen Konfliktpotenzials und der daraus hervorgehenden Flüchtlingsbewegungen zu erwarten. Eine schnell voranschreitende Demokratisierung der zumeist autoritären afrikanischen Regimes und die rasche

Tabelle 1:
Demographische Indikatoren der Weltbevölkerung und ihrer Großregionen, 2010, 2050

Anm.:

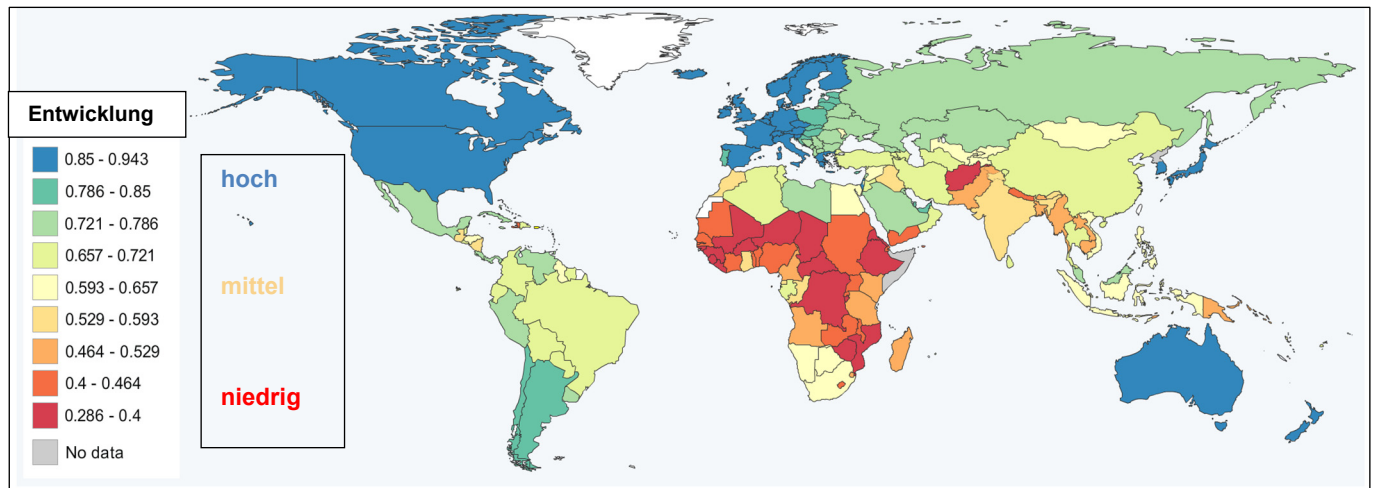
*mittlere Projektionsvariante

**KKP= Kaufkraftparität.

Quelle:

UNPD 2011, World Bank 2012, DSW 2012

Region	Bev. 2010 in Mio.	Nat. Wachstumsrate 2010-2015*, in %	Durchschn. Kinderzahl pro Frau 2010-2015*	Bev. Alter 0-14 2010 in %	Lebenserwartung bei Geburt 2010-2015*	BNE bei KKP** pro Kopf 2010 (US-\$)	Bev. 2050* in Mio.	Bev. 2100 in Mio.
Welt	6.896	1,1	2,5	27	69	10.760	9.306	10.125
Höher entwickelte Regionen	1.236	0,3	1,7	17	78	33.460	1.312	1.335
Europa	738	0,1	1,6	15	77	27.080	719	675
Nordamerika	345	0,9	2,0	20	79	46.400	447	526
Weniger entwickelte Regionen	5.660	1,3	2,6	29	68	5.900	7.994	8.790
Afrika	1.022	2,3	4,4	40	57	2.630	2.192	3.574
Asien	4.164	1,0	2,2	26	70	6.860	5.142	4.596
Lateinamerika/ Karibik	590	1,1	2,2	28	75	10.760	751	688
Ozeanien	37	1,5	2,5	24	78	26.560	55	66



Anm.: Der Human Development Index (HDI; dt. Index der menschlichen Entwicklung) analysiert die sozio-ökonomische Lage eines Landes anhand der drei Indikatoren: (-) Lebenserwartung, (-) Bildungsgrad bzw. durchschnittliche und voraussichtliche Schulbesuchsdauer sowie (-) Bruttonationaleinkommen pro Einwohner in KKP- $\text{\$}$ (Kaufkraftparität). Die Grenzwerte sind so gewählt, dass der höchste Wert 1 und der niedrigste 0 ist.

Quelle: UNDP 2012.

Abbildung 2: Index der menschlichen Entwicklung 2011

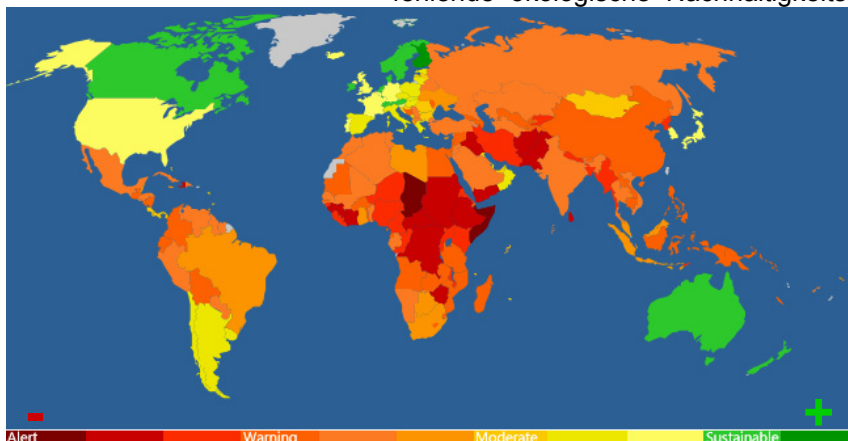
politische Stabilisierung zerfallender und zerfallener Staaten ist in naher Zukunft kaum absehbar. Zusätzlich verhindert die politische Instabilität in den meisten afrikanischen Regionen dringend benötigte internationale Investitionen.

Aus *ökologischer* Sicht dürfte das Migrationspotenzial Afrikas steigen, weil durch voranschreitenden Klimawandel, wachsenden Bevölkerungsdruck auf natürliche Ressourcen und fehlende ökologische Nachhaltigkeits-

politik extreme Wetterphänomene, Wassermangel sowie die Degradation der Böden zunehmen werden. Das Schwinden der Existenzgrundlage wiederum zwingt die Betroffenen zum Verlassen der angestammten Region. Umweltveränderungen entstehen hierbei sowohl durch natürliche Einflüsse wie Umweltkatastrophen oder Wüstenbildung als auch durch menschengemachte Entwicklungen wie offene Konflikte um Ressourcen, Umweltverschmutzung und vor allem demographisch bedingter Nutzungsdruck auf bebaubares Land. Hinsichtlich des Klimawandels wird angenommen, dass die Erderwärmung in Afrika stärker ausfallen wird als in anderen Regionen der Erde. Die üblichen Klimatendenzen dürften sich daher verstärken und Überschwemmungen bzw. Dürreperioden zu ungewohnter Zeit und Stärke nach sich ziehen.

Migrantennetzwerke – Migrationsbewegungen und Migrantenbevölkerung

Der vorherige Abschnitt hat gezeigt, dass das Migrationspotenzial Afrikas aufgrund aktueller demographischer, ökonomischer, politischer und ökologischer Entwicklungen steigt. Eine entscheidende Frage ist aber, ob Afrikas Migrationspotenzial – wie bisher – eher in innerafrikanische oder verstärkt in interkontinentale Migration mündet, und in welchem Maße Europa bzw.



Anm.: Der Failed State Index bestimmt den Zustand eines Landes anhand von zwölf Indikatoren seiner existenziellen Gefährdung. Hierzu zählen: (-) soziale Indikatoren: wachsender demographischer Druck, Flüchtlingsbewegungen, ethnische Konflikte (-) wirtschaftliche Indikatoren: instabile wirtschaftliche Entwicklung, anhaltender oder rascher ökonomischer Niedergang und (-) politische Indikatoren: steigende Verbrechensrate, Zerfall der öffentlichen Dienste, weit verbreitete Verletzung der Menschenrechte, Auflösung des Rechtsstaates.

Quelle: Fund for Peace 2011.

Abbildung 3: Failed State Index 2011

Deutschland von Migration aus Afrika tangiert sein wird.

Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas: Migration findet vor allem innerhalb Afrikas statt. Ob das afrikanische Migrationspotenzial sich in Migration auf dem Kontinent manifestiert, ist jedoch abhängig von der Aufnahmekapazität innerafrikanischer Zielregionen (wie dem südlichen Afrika und Nordafrika) hinsichtlich Ausbildungs-, Arbeits- und Asylmigration. Im Zusammenhang mit zumeist temporärer Flucht- und Asylmigration sowie Umweltmigration hat sich gezeigt, dass nahe gelegene afrikanische Regionen bevorzugte Ziele sind, um bei Besserung der Lage rasch in die Herkunftsregion zurückzukehren.

Migration aus Afrika nach Europa: Zwischen Afrika und Europa herrscht ein maximales Wohlstandsgefälle, in dem ein entsprechend großes Migrationspotenzial existiert, das sich aufgrund demographischer, ökonomischer, politischer und ökologischer Faktoren sowie vorhandener Netzwerke erneuert und wahrscheinlich vergrößert. Basierend auf den bisherigen Migrationsbewegungen und -beständen von Afrikanern in Europa ist anzunehmen, dass Frankreich, Italien und Spanien die bevorzugten Zielländer afrikanischer Migration bleiben werden. In diesen drei Ländern liegen Bestand und Zuwanderung afrikanischer Bevölkerung auf hohem Niveau. Zuwanderung aus Afrika dürfte weiterhin vor allem zum Zweck des Familiennachzugs, der Arbeit und Ausbildung erfolgen. Die Arbeitsmigration (Hoch-) Qualifizierter nach Europa dürfte ansteigen. Die Analysen für *Deutschland* haben ergeben, dass das Migrationspotenzial und die tatsächliche Zuwanderung von Afrika nach Deutschland auf geringem Niveau (20.000-35.000 pro Jahr) verbleiben dürften. Der Bestand an Personen mit afrikanischem Migrationshintergrund in Deutschland wächst vor allem aus natürlicher Bevölkerungsbewegung und nur in geringem Maße durch Zuwanderung.

Das Migrationspotenzial der GUS

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) erstreckt sich über zwei

Kontinente und dabei über stark kontrastierende Räume, die durch besondere geopolitische Bindungen und ökonomische Abhängigkeiten charakterisiert sind. Entsprechend bestehen innerhalb der GUS große demographische, politische und ökonomische Unterschiede. Aufgrund ihres gesellschaftlichen Umbruchs und ihrer geographischen Nähe zur EU spielen die GUS-Staaten eine hervorgehobene Rolle als Auswanderungs-, Einwanderungs- und Transitländer. Im folgenden Abschnitt werden die Forschungsergebnisse zum Migrationspotenzial der GUS zusammenfassend präsentiert.

Abwanderungsfaktoren – Demographische, ökonomische, politische und ökologische Strukturdifferenzen

Demographische Faktoren beeinflussen meist indirekt, dafür aber stetig die Abwanderungsneigung. Sowohl Bevölkerungswachstum, einhergehend mit Ressourcenmangel, aber auch Bevölkerungsabnahme, bedingt durch Jugendschwund und Abwanderung, können die regionalen Lebensbedingungen verschlechtern und so das Migrationspotenzial erhöhen. In den zentralasiatischen Ländern der GUS stößt ein anhaltendes Bevölkerungswachstum auf eine schwache Infrastruktur, unzulängliche Gesundheitsversorgung und defizitäre Bildungseinrichtungen. Die TFR liegt aktuell bei durchschnittlich 2,3 bis 3,2 Kindern je Frau (Tab. 2). Eine steigende Anzahl von Menschen im potenziellen Migrationsalter wird sich zukünftig mit inadäquaten Gesundheits-, Arbeits- und Ausbildungsbedingungen konfrontiert sehen. Das Migrationspotenzial der zentralasiatischen GUS-Staaten dürfte sich daher auf seinem aktuellen Niveau halten oder noch vergrößern. Die osteuropäischen GUS-Länder stehen vor den Herausforderungen einer entgegengesetzten demographischen Entwicklung: Bevölkerungsschrumpfung und demographische Alterung. Die TFR liegt bei 1,5 Kindern je Frau (Tab. 2). Hier greifen zwei Entwicklungen ineinander: Trotz geringer werdendem Jugendanteil fehlen in vielen Regionen angemessene Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Der generelle Mangel an Zukunftsperspektiven – gerade im Vergleich zu westlichen Ländern – lässt

Regionen / Länder	Bev. 2010 in Mio.	Nat. Wachstumsrate* 2010-2015, in %	Durchschn. Kinderzahl je Frau* 2010-2015	Bev. 0-14 2010, in %	BNE bei KKP*** pro Kopf, 2010, (US-\$)*	Bev. 2050* in Mio.
EU-27**	501	0,10 (2009)	1,56 (2008)	16 (2010)	-	515
Osteuropa	295	-0,17	1,49	15	16.590	257
Russland	143	-0,10	1,53	15	19.240	126
Ukraine	45	-0,55	1,48	14	6.620	36
Belarus	10	-0,33	1,48	15	13.590	8
Moldau	4	-0,68	1,45	17	3.360	3
Nordeuropa	99	0,54	1,86	17	36.290	114
Westeuropa	189	0,15	1,69	16	37.940	193
Südeuropa	155	0,29	1,49	15	27.760	155
Zentralasien	1.765	1,38	2,56	31	3.560	2.476
Usbekistan	27	1,14	2,26	29	3.110	35
Kasachstan	16	1,05	2,48	25	10.770	21
Tadschikistan	7	1,46	3,16	37	2.140	11
Kirgisistan	5	1,07	2,62	30	2.070	8
Westasien	232	1,88	2,85	32	12.620	395
Aserbaidshan	9	1,19	2,15	21	9.270	12
Armenien	3	0,26	1,74	20	5.660	3

Tabelle 2:
Demographische und ökonomische Indikatoren europäischer und asiatischer Großregionen und Länder

Anm.

* Mittlere Projektionsvariante der UN bzw. Eurostat für EU-27

** Eurostat Datenbank 2011

*** Kaufkraftparität (KKP)

Quelle:

UNPD 2011, Eurostat 2012, World Bank 2012, DSW 2012

bei der dortigen Jugend Migrationsbereitschaft entstehen. Andernorts besteht wiederum Arbeitskräftemangel im Bereich Landwirtschaft und Industrie, was Regionen wie v.a. Russland zum Ziel von Arbeitsmigranten macht.

Ökonomisch gesehen besteht eine erhebliche Kluft zwischen der GUS und der EU. So ist die GUS aufgrund des hohen Anteils an Schattenwirtschaft und der großen Zahl von Einkommen nahe am Existenzminimum von Niedriglohn geprägt. Vergleicht man Russlands Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf im Jahre 2010 (19.240 US-\$) beispielsweise mit dem BNE Deutschlands (38.100 US-\$), zeigt sich bereits ein starkes Wohlstandsgefälle (Tab. 2). In anderen Ländern der GUS, wie Tadschikistan, Kirgisistan, Moldau, und Usbekistan, liegt das BNE mit 2.000 US-\$ bis 3.400 US-\$ pro Kopf noch weit darunter. Gerade die Jugend sieht in der Abwanderung einen Weg aus Arbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit. Die Unzufriedenheit mit Gesundheitsversorgung, Bildungssystem und Wohnraum ist in den osteuropäischen GUS-Staaten Russland, Ukraine und Belarus besonders groß. Des Weiteren sind gerade in diesen Ländern die Arbeitslosenquoten von Hochschulabsolventen mit über 30% sehr hoch, was bei dieser Bevölkerungsgruppe die Abwanderungsbereitschaft steigern kann. Be-

vorzugte Zielregion von höher Qualifizierten ist die EU.

Aus politischer Perspektive sind die GUS-Länder nach der Klassifizierung des Bertelsmann Transformation Index (BTI) (stark) defekte Demokratien, Autokratien oder autoritäre Präsidialregimes, in denen es zu Verletzungen von Menschenrechten, der Presse- und Meinungsfreiheit kommt. Eine direkt hierauf bezogene Abwanderungsbereitschaft ist vor allem bei (Hoch-) Qualifizierten und der politischen Intelligenz in Medien, oppositionellen Parteien und Gewerkschaften zu erwarten, deren Tätigkeit durch die Umstände sehr erschwert oder unmöglich wird. Dieser Teil des Wanderungspotenzials ist zahlenmäßig zwar gering, bedeutet aber für die postsowjetischen Transformationsländer einen Verlust an Humankapital (brain drain). Die Analysen zeigen, dass die Regierungsführung das Migrationspotenzial zwar beeinflusst, aber nicht das primäre auslösende Moment tatsächlicher Migration sein dürfte. Die ökonomisch-materiellen Gründe sind vordringlicher. In der europäischen GUS herrschen Machteliten, die noch von der sowjetischen Nomenklatura stammen. In der asiatischen GUS regieren Präsidialregime auf Basis ethnischer Clan-Strukturen. Deren Regierungsführung wirkt eher indirekt auf das Migrationsverhalten, indem die von ihr durch un-

durchsichtige Verflechtungen von Politik und Wirtschaft mitverschuldete schlechte Wirtschaftslage, die Menschen „bewegt“. Generell kann in gewissem Umfang eine politisch motivierte Abwanderungsneigung aus der GUS angenommen werden. In osteuropäischen GUS-Ländern besteht eher der Wunsch, die Herkunftsregion in Richtung Westen (EU) zu verlassen. Die Abwanderung aus den autokratisch regierten asiatischen GUS-Staaten in die EU ist gering. Der Großteil der Abwanderungswilligen bevorzugt andere, näher gelegene Zielländer wie Russland. Fluchtmigration aus der GUS wird fortbestehen, solange einzelne Staaten miteinander um Territorien konkurrieren, ethnische Spannungen zwischen Staatsbevölkerung und Minderheiten aufbrechen oder ethnisch bzw. religiös (islamistisch) motivierte Sezessionsbewegungen eskalieren (Abb. 3).

Umweltbedingtes Migrationspotenzial im engeren Sinne umfasst die Bewohner von Regionen und Städten, die nachweislich Umweltkatastrophen in unmittelbarer Nähe zu ertragen hatten bzw. haben. Das sind z.B. Standorte der Chemieproduktion und damit einhergehender starker Umweltverschmutzung. Klimawandelinduzierte Umweltveränderungen werden auch die Regionen der GUS negativ beeinflussen. So würde das durch Klimaerwärmung bedingte graduelle Auftauen sibirischer Permafrostböden schwerwiegende Folgen für alles haben, was auf diesen Böden gebaut ist. Das Schwinden der Existenzgrundlage wiederum zwingt die Betroffenen zum Verlassen der angestammten Region. In der zentralasiatischen GUS dürften Temperaturanstieg und abnehmender Niederschlag das Abschmelzen der Gebirgsgletscher und die Verdunstung der Flüsse beschleunigen. Aktuell leben in der zentralasiatischen GUS etwa 56 Millionen Menschen, 2050 dürften es über 75 Millionen sein, was den Druck auf die natürlichen Ressourcen Wasser und Boden und damit die Vulnerabilität erhöht. Bei schlechter werdenden Umweltbedingungen dürfte die Landflucht zunehmen. Die steigende Bevölkerungskonzentration in den Städten erhöht wiederum den Druck auf das Bildungssystem und den Ar-

beitsmarkt.

Migrantennetzwerke – Migrationsbewegungen und Migrantenbevölkerung

Migrationsbewegungen innerhalb der GUS: Vielfalt und Umfang der aktuellen Migrationsbewegungen stützen die Annahme eines hohen Migrationspotenzials in der GUS. Die Beobachtung der tatsächlichen Migration macht aber auch deutlich, dass ein ganz erheblicher Teil davon (ca. 80%) in innerregionale Migration (Russland, Kasachstan) mündet. Ein Wandel der sozioökonomischen, politischen und ökologischen Situation könnte zwar zu Veränderungen der Migrationswege und -ziele führen, doch solange die Aufnahmekapazitäten innerhalb der GUS gegeben sind, wird Arbeitsmigration zum großen Teil innerhalb der GUS verbleiben.

Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union: EU-Staaten mit kultureller bzw. historischer Nähe zum Herkunftsland und/oder einer liberalen Migrations- und Ausländerpolitik sind bevorzugte Zielländer. In der EU leben etwa 1,5 Millionen Personen mit der Nationalität eines GUS-Landes. Die größten Communities von Staatsbürgern der GUS in der EU fanden sich 2010 in Deutschland, Italien, Tschien und Spanien, wobei die überwiegende Zahl der Migranten aus der Ukraine, Russland und Moldau kam. Basierend auf den bisherigen Migrationsströmen und -beständen von Staatsangehörigen der GUS in der EU ist anzunehmen, dass Italien, Tschien, Deutschland und Spanien auch weiterhin die bevorzugten Zielländer von Migration aus der GUS bleiben werden. In diesen vier Ländern liegen Bestand und Zuwanderung auf hohem Niveau. Die Migranten werden auch weiter vor allem aus der osteuropäischen GUS (Russland, Ukraine, Moldau) stammen. Setzt sich der aktuelle Trend fort, dürfte Zuwanderung aus der GUS weiterhin vor allem zum Zweck des Familiennachzugs, der Arbeitsaufnahme und der Ausbildung erfolgen. Die Arbeitsmigration (Hoch-) Qualifizierter nach Europa dürfte ebenfalls leicht ansteigen. Im Falle Deutschlands dürften die Zuwanderungen aus der GUS auf dem bisherigen Niveau von circa 30.000 pro Jahr

verbleiben. Die hohe Zahl von Staatsangehörigen der GUS in Deutschland (2010: 422.000) geht vor allem auf den Zuzug von (Spät-)Aussiedlern und jüdischen Zuwanderern und ihren jeweiligen Familienangehörigen zurück. Es ist davon auszugehen, dass der Zuzug von Spätaussiedlern auf dem aktuellen – allerdings im Vergleich zu den 1990er Jahren deutlich geringeren – Niveau verbleiben wird. Der Zuzug von Familienangehörigen, Arbeits- und Bildungsmigranten dürfte aber in Zukunft weiter steigen.

3. Handlungsoptionen

Die Analysen haben sowohl für Afrika als auch für die GUS ergeben, dass der überwiegende Teil der Migration innerhalb der Großregionen verläuft und nicht die EU zum Ziel hat. Auch hat sich der allgemeine Trend bestätigt, dass die Wahl des Ziellandes durch soziale und familiäre Netzwerke, regionale Nähe, historische Verbindung des Ziellandes zum Herkunftsland und gleiche oder sprachlich verwandte Verkehrs- und Amtssprache bestimmt wird. Liberale Zuwanderungsgesetze bei bestehendem Arbeitsangebot (unabhängig ob reguläre oder irreguläre Beschäftigungen) sowie die Aussicht, ggf. auch längerfristig einen legalen Aufenthaltstitel erwerben zu können (z.B. durch Legalisierungsprogramme) fördern ebenfalls die Zuwanderung in ein bestimmtes Land. Zusätzlich begünstigen transnationale ethnische Netzwerke die Kontinuität von Wanderungsbewegungen, indem sie als Verbindungsglieder zwischen Herkunfts- und Zielregion fungieren und den Migrationsvorgang und die Orientierung im Zielland erleichtern.

Generell ist davon auszugehen, dass sich die globale Migrationsproblematik vorerst nicht entschärfen wird, denn in Zukunft dürfte es nicht weniger, sondern mehr Ursachen und Möglichkeiten für transnationale Migration geben. Davon wird auch die EU betroffen sein, sowohl wegen ihrer wirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Attraktivität, als auch aufgrund der demographischen Diskrepanz gegenüber ihrer südlichen und östlichen Nachbarregion. Migration in die EU wird zunehmen und sich dabei an den bisherigen Ziel-

orten und Niederlassungsmustern orientieren. Für diese Annahme sprechen die historischen Bindungen zwischen Herkunfts- und Zielländern und das Anwachsen von Diasporas in einzelnen EU-Staaten. Wie sich die EU-Finanzkrise auf das künftige Wandlungsgeschehen – besonders die Migration nach und aus Südeuropa – auswirkt, ist aktuell noch nicht absehbar.

Das Migrationspotenzial zu senken, erscheint vor diesem Hintergrund schwierig, denn wie der französische Bevölkerungswissenschaftler Alfred Sauvy schon vor Jahrzehnten formulierte: „Wenn der Reichtum nicht zu den Menschen kommt, werden die Menschen zum Reichtum gehen“. Selbst eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Abwanderungsländern könnte paradoxerweise dazu führen, dass der Wanderungsdruck nicht abnimmt, weil mit Entwicklungserfolgen am Ort auch die Zahl der mobilitätswilligen und -fähigen Personen steigt. Erhöhen sich jedoch Wohlstand und Zukunftschancen (subjektiv oder objektiv) deutlich, geht das Migrationspotenzial zurück.

Vorrangige politische Maßnahmen zur Minderung der Abwanderungsbereitschaft wären: (a) Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungsbereich, (b) die Unterstützung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, (c) die Förderung von Demokratie, Frieden und Sicherheit sowie (d) der Erhalt von Biodiversität und Rohstoffsicherheit.

Die Handlungsoptionen zielen darauf, in der Abwanderungsregion bessere Existenzbedingungen und Zukunftsperspektiven zu schaffen und dadurch das Migrationspotenzial zu reduzieren. Dazu bedarf es jedoch politischer Beruhigung und Stabilität, einer mittelständischen Wirtschaft und aufnahmefähiger Arbeitsmärkte. Auch müssen die Maßnahmen für eine aussichtsreiche demographische, wirtschaftliche, politische und ökologische Entwicklung der jeweiligen Abwanderungsregion schnell und dauerhaft implementiert werden und effektiv sein, um das Abwanderungspotenzial nachhaltig zu senken. Wirtschaftliche Direktinvestitionen werden nur dann getätigt, wenn politische Stabilität und Rechtsstaat-

lichkeit vorhanden sind. Nur so entsteht für die dortige Jugend eine existentielle Alternative zur Abwanderung.

Literaturverzeichnis

- Bertelsmann Stiftung (2010): Bertelsmann Transformation Index 2010 - Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- DSW (Deutsche Stiftung Weltbevölkerung) (2012): Datenreport 2012. DSW: Hannover.
- Fund for Peace (2011): Failed State Index 2011, Washington D.C.
- Kreienbrink, Axel/Schmid, Susanne, 2011: Klimawandel und Migration als Sicherheitsfrage? Auswirkungen des Klimawandels als Verstärker von Entwicklungsdefiziten und Migrationsbewegungen am Beispiel Afrikas, in: Allhoff, Stefan/Buciak, Sebastian/Maas, Achim: Globales Rapa Nui? Frieden und Sicherheit im Zeichen des Klimawandels. Göttingen, S. 97-126
- PRB (Population Reference Bureau (2012): The 2012 World Population Data Sheet, Washington D.C.
- Schmid, Susanne (2007): Die Analyse demographischer Diskrepanzen zwischen der EU-27 und ihrer „Peripherie“. Entwicklungsdifferenzen und Wanderungspotentiale, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 3-4/2007, S. 667-701.
- Schmid, Susanne (2010): Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika. Forschungsbericht Nr. 7. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg. Online: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb07-vor-den-toren-europas.pdf?__blob=publicationFile
- Schmid, Susanne (2011): Migrationspotenzial zwischen kontrastierenden Räumen, in: Politische Studien Nr. 439, München, S. 48-59. Online: http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/PS_439_02.pdf
- Schmid, Susanne (2012): Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union. Forschungsbericht Nr. 17. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg. Online: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb17-migrationspotenzial-gus.pdf?__blob=publicationFile
- UNDP (United Nations Development Programme) (2008): Millennium Development Goals. Website. New York.
- UNDP/DGVN (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen) (2009): Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung. Berlin.
- UNDP/DGVN (2010): Bericht über die menschliche Entwicklung 2010. Der wahre Wohlstand der Nationen: Wege zur menschlichen Entwicklung. Berlin.
- UNDP/DGVN (2011): Bericht über die menschliche Entwicklung 2011. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit: Eine bessere Zukunft für alle. Berlin.
- UNEP (United Nations Environment Programme) (2009): Climate Change Science Compendium 2009. Kenia.
- UNEP/WTO (World Trade Organization) (2009): A report by the United Nations Environment Programme and the World Trade Organization. Genf.
- UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change) (2006): Impacts, vulnerability and adaptation to climate change in Africa, New York.
- UNFPA (United Nations Population Fund) (2009): State of world Population 2009. Facing a changing world: women. Population and climate. New York.
- UNFPA (2011): State of world Population 2011. People and Possibilities in a World of 7 Billion. New York.
- UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) (2009): Climate change, natural disasters and human displacement: A UNHCR perspective. Genf.
- UNHCR (2012): Global Trends 2011. A Year of Crises, UNHCR: Genf.
- UNPD (United Nations Population Division) (2011): World Population Prospects: The 2010 Revision. Highlights, New York.
- UNPD (2011a): International Migration Report 2009: A Global Assessment. New York. Online:
- UNPD (2011b): The Age and Sex of Migrants 2011. Wallchart. New York.
- World Bank (2011): Migration and Remittances Factbook 2011. 2nd Edition. World Bank: Washington D.C.
- World Bank (2012): Databank Online: www.databank.worldbank.org.
- World Bank (2012a): Migration and Development Brief 18. World Bank: Washington D.C.

Kontakt:

Dr. Susanne Schmid

Akademie für Politik und Zeitgeschichte der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

www.hss.de

Referat II/7: Arbeit und Soziales, Demographischer Wandel, Familie, Frauen und Senioren

schmids@hss.de

Leiterin des Arbeitskreises „Weltbevölkerung“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V.

www.weltbevoelkerung.org